

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1.20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gespaltene Zeile

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 16 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 22. April 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Außerordentlicher (Siebenter) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Der Kampf im Baugewerbe. — Aus dem Jahresbericht 1909 der Groß. Hessischen Gewerbeinspektion. — Die Höhe der Unfallrente. — Die Schlichtungskommission für die Berliner Lederwarenindustrie. — „Christliches.“ — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Veru. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bücherchau. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Ver-
sammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 21. bis 30. April ist der
17. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie
fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande
ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Ver-
bandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Berlin. Die Treibriemensattler der Firmen Schwarz & Co., Diesener und Witte, Göhler & Co. (ca. 50 Mann) stehen im Streik. Etwasige Arbeitsangebote sind daher zurückzuweisen.

Berlin. Bei der Firma Gebr. Wassermann (Geschirrbrauche) haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt.

Bremen. Hier stehen unsere Kollegen in einer allgemeinen Tarifbewegung. Die Firma Heinrich Meyerdirks wurde wegen Maßregelung unserer Kollegen gesperrt.

Breslau. Die Treibriemensattler stehen in einer Lohnbewegung.

Brieg (Bez. Breslau). Die Kollegen der Militärmaschinenfabrik der Firma Schneider stehen in einer Lohnbewegung.

Dresden. Die Treibriemen- und die Geschirrsattler stehen in einer Lohnbewegung.

Hamburg. Hier stehen die Kollegen in einer allgemeinen Lohnbewegung.

Leipzig. Wegen allgemeiner Lohnbewegung ist unser Ort streng zu meiden. 150 Kollegen stehen bereits im Streik.

Magdeburg. Bei der Firma Haefler und Böcker bestehen Differenzen. Arbeitsangebote sind daher zurückzuweisen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Naab und Kaschau. Die Firma Zeitschan und Frankenstein, Lederwarenfabrik, ist nach wie vor gesperrt.

Schweiz.

Basel. Der hiesige Platz ist für Sattler aller Branchen gesperrt und daher streng zu meiden.

Zürich. Die Firma Karl Wehling & Cie., Reiseartikel- und Kofferfabrik in Zürich III, Manessestr. 196, ist für Sattler und Hilfsarbeiter gesperrt.

Von allen den vorgenannten Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

Außerordentlicher (Siebenter) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 25. April 1910, in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgelesen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.

2. Die Reichsversicherungsordnung.

a) Krankenversicherung.

Referent: Gustav Bauer, Berlin.

b) Unfallversicherung:

1. Gewerbe- und landwirtschaftliche Unfallversicherung.

Referent: Rudolf Wissell, Berlin.

2. See-Unfallversicherung.

Referent: Paul Müller, Hamburg.

c) Invalidenversicherung.

Referent: Johannes Timm, München.

d) Hinterbliebenenversicherung.

Referent: Friedrich Leiche, Hamburg.

Der Kongress wird am 25. April 1910, vormittags 10 Uhr eröffnet und wird bis einschließlich 26. April tagen.

Die Wahl der Delegierten erfolgt gemäß dem von den Gewerkschaftskongressen beschlossenen Regulativ. Der in Aussicht genommene Allgemeine Kongress aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands ist nicht zustande gekommen, weil die Christlich- und Sozialdemokratischen Gewerkschaften die Beteiligung abgelehnt haben.

Den gewählten Delegierten geht seitens der Vorstände der Zentralverbände mit dem ausgefertigten Mandat eine nähere Mitteilung bezüglich Wohnungsbeschaffung und Empfang seitens des Lokalkomitees in Berlin zu.

Die Adresse des Lokalkomitees ist:

A. Körten, Berlin SO. 16, Engelauer 15.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO. 16, Engelauer 14/15.

Der Kampf im Baugewerbe!

Der „Verband der Arbeitgeber im deutschen Baugewerbe“ hat nunmehr seine Drohung, am 15. April die Gesamtarbeiterchaft im Baugewerbe, also Maurer, Zimmerer und deren Hilfsarbeiter, auszusperren, falls diese bis zum festgesetzten Termin nicht bedingungslos zu Kreuze kriechen, wahr gemacht. Mit dieser Tat ist ein kapitalistisches Verbrechen an der Menschheit begangen worden, wie es im gleichen oder auch nur annähernd gleichen Umfange bis dato noch nicht zu vergleichen war. Denn nicht nur die direkt von dieser Maßnahme betroffenen, nach Hunderttausenden zählenden Arbeiterkategorien nebst deren Angehörigen sind es, die von den Maulwürfen auf Monate hinaus und wie sie selbst sagen bis zur „bitteren Entscheidung“ auf den Hungeretat gesetzt werden. Nein, ebenso groß ist die Zahl der Angehörigen jener Berufe, die erst mittelbar und indirekt von der durch diese größtenteils sinnlose und beutegieriger Kapitalistengruppe entfesselten Kriegsfurie in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Berufe der Maler, Töpfer, Tischler, Glaser, Klempner, Rohrleger, Tapezierer, Kinstleumleger usw. und nicht zu vergessen die Zehntausende von Transportarbeitern, die bei der Herstellung und Herstellung des Baumaterials in Mörtelwerken

und Ziegeleien und Zementwerken beschäftigt sind, sie alle, sie sollen auf die Knie gezwungen werden. Sie alle sollen nun verpflichtet sein, die Schmachtrien enger zu schnallen, nur deshalb, weil die Maurer und Zimmerer es wagten, ihrer vollkommenen Rechtslosigkeit ihre eigene Zustimmung zu verweigern. Und nicht nur die hier angeführten Berufe, nein, unser gesamtes Wirtschaftsleben erhält bei längerer Dauer dieses Kampfes einen Schlag, von dessen Wirkung man sich ein annähernd genaues Bild vorher nicht machen kann. Nur so viel dürfte sicher sein, daß die jetzt kaum wieder etwas im Zurückweichen begriffene Krise mit erneuter Wucht über uns hereinbrechen kann. Und mit vollem Recht bezeichnen wir daher ein derartiges Vorgehen der wirtschaftlichen Mächte als ein Verbrechen an der Menschheit.

Wohl wissen wir, daß der Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital unermüdlich ist und ausgekämpft werden muß. Wohl wissen wir, daß es zwecklos wäre und übrigens auch der Würde der Arbeiterchaft nicht entspräche, einen Appell an das Sittlichkeits- und Menschlichkeitsgefühl jener Raubtiere in Menschengestalt zu richten. Ein Rudel hungriger Wölfe ließe eher von seinem Opfer als diese Haifische der Bauberufe. Und doch sagen wir: nicht darauf kommt es an, daß gekämpft wird, sondern

viefmehr darauf, wie gekämpft wird. Daß die Arbeitgeber nicht imlande sind, diese Elitetruppen der deutschen Gewerkschaften zur Willen- und Machtlosigkeit niederzuknien, das wissen diese Herren selbst sehr gut. Aber daß man nicht davor zurückgeschreckt ist, Millionen von Menschen auf Wochen und Monate hinaus zur bittersten Entbehrung zu zwingen, lediglich um eine auch noch so geringe Verbesserung der Arbeitszeit „dauernd“ zu verhindern, das läßt uns einen Blick tun in einen Abgrund kapitalistischer Entartung von vorher ungeahnter Tiefe.

Einige Stadtverwaltungen, die bayerische Regierung und auch sogar die Reichsregierung machen in voller Erkenntnis der drohenden wirtschaftlichen Gefahr vergebliche Versuche, die Vangewaltigen zur Vernunft zurückzuführen. „Der Staat sind wir!“ sagten diese Herren und wiesen höhnisch und frech die angebotene Vermittelung zurück oder aber sie hintertrieben die Einigung durch starrs Festhalten an ihren Maßnahmen. Wir bringen, da die Tagespresse, die so lange noch immer wenigstens den Schein der Objektivität zu wahren suchte, jetzt infolge des Einflusses der Arbeitgeber eine merkliche Schwankung zugunsten dieser zu machen im Begriff steht, das offizielle Protokoll über die vom Staatssekretär des Innern veranlaßte Verhandlung am 8. April im Reichstagsgebäude zum Abdruck.

Die vertrauliche Besprechung, an der 39 Herren (6 Arbeitervertreter) teilnahmen, wurde um 2 Uhr 10 Minuten von dem Geheimen Regierungsrat Wiedefeld eröffnet. Er legte kurz die Veranlassung und den Zweck dieser Besprechung dar und machte den Vorschlag, die Parteien möchten drei oder fünf Unparteiische benennen, um, wie 1908, unter deren Leitung die Verhandlungen von neuem aufzunehmen und eine Vereinbarung zu erzielen.

Die Parteien beraten hierüber in getrennten Räumen. Nach Wiedereröffnung der Besprechung gibt Herr Bömelburg für die Arbeiter folgende Erklärung ab:

Wir sind nicht imstande, heute endgültig zu erklären, ob wir mit dem Vorschlag einverstanden sind. Wir sind ja nur mit wenigen Personen hier und müssen daher unsere übrigen Kollegen in den Vorständen befragen. Aber wir, die wir hier anwesend sind, sind der Meinung, daß es zweckmäßig ist, wenn drei Unparteiische mit der Leitung der Verhandlungen beauftragt werden. Ich glaube auch sagen zu können, daß unsere übrigen Kollegen, wenn wir ihnen das vorschlagen, dann ebenfalls zustimmen werden.

Namens der Arbeitgeber gibt Herr Baurat Jellisch folgende Erklärung ab:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Handgewerbe bedauert, den Vorschlag auf Ernennung von drei Unparteiischen ablehnen zu müssen.

Der Vorsitzende macht nun den Vorschlag, die vier oder fünf Hauptstreitpunkte in die Besprechung zu ziehen, um so hierüber zu einer Einigung zu kommen. Die Parteien beraten getrennt.

Nach Wiedereröffnung der Besprechung gibt Herr Baurat Jellisch für die Arbeitgebervertreter die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich zu Verhandlungen über diese fünf Punkte bereit sind, daß sie aber zuvor verlangen, daß die Zentralverbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter ihre Resolution vom 6. d. M. aufheben, wonach sie ablehnen, auf Grund der Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes zu verhandeln. Namens der Arbeitervertreter erklärt Herr Bömelburg, sie seien zu Verhandlungen über diese Punkte bereit; sobald sich die Arbeitgebervertreter bereit erklärten, über die Dresdener Beschlüsse verhandeln zu lassen, wäre die Grundlage zu weiteren Verhandlungen gegeben.

Es entspinnt sich nun eine längere Debatte über die Bedeutung dieser Resolutionen, über die Einstellung der Arbeitgeberforderungen bezüglich der Affordarbeit und des Arbeitsnachweises usw., an der sich die Herren Jellisch, Bömelburg, Behrens, Fritz, Enke, Jellmermeier und der Vorsitzende beteiligten. Der Vorsitzende stellt nun die Frage nochmals, ob über die fünf

Hauptstreitpunkte verhandelt werden soll. Die Parteien beraten getrennt.

Nach Wiedereröffnung gibt Herr Baummeister Behrens-Hannover für die Arbeitgebervertreter folgende Erklärung ab:

Der Deutsche Arbeitgeberbund ist einverstanden, daß in die Besprechung der einzelnen Streitfragen eingetreten wird. Es wird indessen gefordert, daß zunächst über den stöhrer Beschluß betreffend Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen wird, da in der Resolution der Arbeitnehmer dieses als Vorbedingung für die weitere Verhandlung zu einem Tarifmuster aufgestellt ist und erst die Bahn hier frei sein wird. Nur uns ist an diesem stöhrer Beschluß nichts zu ändern.

Namens der Arbeiter erklärt Herr Bömelburg, sie seien bereit, diese Punkte heute zu besprechen; bei den künftigen Verhandlungen müsse aber auch der Weg hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung frei sein.

Herr Baummeister Busch beantragt Schluß der Besprechung hierüber. Die Arbeitgeber müßten es ablehnen, über die fünf Punkte zu verhandeln, wenn nicht die Arbeitszeitfrage zuvor erledigt sei. Die Anwesenden sind damit einverstanden, nachdem der Vorsitzende erklärt hat, über die Frage der Arbeitszeit nicht mit verhandeln zu können.

Der Vorsitzende macht noch den Vorschlag, den Parteien feinerseits zu diesen fünf Punkten einen Ausgleichsvorschlag zu machen, den die Parteien ihren zuständigen Organen vorlegen sollten. Herr Busch hat, hiervoor Abstand zu nehmen; die Arbeitgebervertreter seien nicht mehr in der Lage, jetzt noch Vorschläge entgegenzunehmen; nach einigen Wochen werde dazu die Zeit günstiger sein. Von den Arbeitervertretern wird keine Erklärung abgegeben.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Besprechung zu dem angezeigten Ziele nicht geführt hat, und schließt die Besprechung um 4 Uhr 35 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterzeichnet: Wiedefeld, G. Behrens, Ernst Noack, Th. Bömelburg, Fr. Schrader, J. Wiedeberg, Guft. Behrendt.

Also nichtern und trocken, aber mit erfreulicher Offenheit gesteht hier der Vertreter der Arbeitgeber, daß nach einigen Wochen, also wenn die Arbeiter und deren Familien durch Hunger und dessen Begleiterseignungen, wie Krankheiten usw., müde gemacht sein werden, die Zeit günstiger sein wird. Mehr Brutalität ist uns sobald noch nicht im wirtschaftlichen Kampfe vorgekommen als diese. Doch gemacht, ihr Herren! Nach einigen Wochen werdet ihr leben, daß deutsche Gewerkschaften nicht mit sich Schindluder spielen lassen. Das Erwachen aus diesem Traume, falls ein solcher nur vorliegt, dürfte ein fürchtbares werden. Doch das ist kein Traum, das ist Wirklichkeit, wohlüberlegte und berechnete Wirklichkeit. Unseres Erachtens kämpfen die Vauheren nämlich nicht nur um die Niederringung der Arbeiter, nein, man hat offenbar die vorsorglich im Buben verborgene Absicht, die hunderte und tausende kleiner und kapitalstärker Arbeitgeber im Gewerbe auf die Schlachtbank zu führen. Zum guten Teil scheint dieser Plan auch gelungen zu sein, und wir werden sehen, daß nach der Beendigung dieses Kampfes voraussichtlich so manden kleinen und daher „unliebsamen“ Konkurrenten der Rassen des Schlachtfeldes bededen wird. Und eine gewaltige Verminderung und Konzentration der Betriebe dürfte die weitere Folge dieses Kampfes sein.

Daß nicht alle Arbeitgeber und auch nicht alle lokalen Vereinigungen derselben mit der Kampfparole der Zentralleitung einverstanden sind, haben wir bereits in der vorigen Nummer unseres Blattes vermerkt. Aber auch dort, wo die Aussperrung bereits vollzogen ist, ist die Ausführung derselben keine einheitliche. So hat man in manden Gegenden lediglich die Organisierten ausgesperrt, in anderen Gegenden wiederum alles, was da „krecht und flucht“. In Berlin stehen die Kontrahenten noch in Verhandlungen, doch ist die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens keine allzu große mehr. Der Einfluß der Unternehmerzentrale ist ein zu

großer, um sicher davor zu sein, daß sich in Berlin nicht dasselbe Schauspiel ergibt wie in Magdeburg, wo nach bereits vollzogener Einigung die Arbeitgeber ihr Wort brachen und die Aussperrung verfügten.

Mit Begeisterung und ungeheurem Opfermut haben die Arbeiter den Kampf auf sich genommen. In den ersten 11 Tagen wird eine Streikunterstützung von den Streikenden nicht beanprucht. Die statutarischen Bestimmungen der einzelnen Verbände sind größtenteils außer Kraft gesetzt. Extrabeiträge von 50 Pf. bis zu 1 Mk. pro Tag werden von den in Arbeit Stehenden zur Unterstützung ihrer Kollegen geleistet. Daß auch die übrigen Gewerkschaften Deutschlands und des Auslandes, falls es notwendig wird, mit ihren reichen Mitteln auszuhalten werden, ist selbstverständlich. Die Arbeitnehmer lassen in der ihnen ergebenden Tagespresse verkünden, welche riesige Summen zur Unterstützung „notleidender“ Unternehmer bereits gezeichnet sind. Sand in die Augen und Leimruten für die Schwachen und Jagdhaken, nichts weiter, sind diese Notizen. Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, dürfte der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt und das Schlachtfeld leichter zu übersehen sein. Wir versichern aber unsere kämpfenden Brüder des Handwerkes unserer moralischen und materiellen Unterstützung gemäß unserem Grundsat: „Einer für alle und alle für einen!“ Denn wer weiß, was uns das nächste Jahr oder schon die nächste Zukunft bringen kann. Heute dir, morgen mir

Aus dem Jahresbericht 1909 der GrobH. Hessischen Gewerbeinspektion.

II.

Arbeiterinnen.

H. W. In unserem vorigen Artikel (siehe „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ Nr. 15) haben wir bereits auf das enorme Anwachsen weiblicher Arbeitskräfte auf Kosten erwachsener männlicher Arbeiter hingewiesen. Während die Zunahme bei den männlichen Erwachsenen nur 1,86 Proz. beträgt steigt sie bei den weiblichen über 21 Jahre um 5,46 Proz., bei denen im Alter von 16 bis 21 Jahren sogar um 6,36 Proz. Im Darmstädter Bezirk werden vorzugsweise Arbeiterinnen unter 21 Jahren eingestellt, denn hier ist die Zunahme fast doppelt so groß wie bei den über 21 Jahre alten Arbeiterinnen. Den Konjunkturabsinken scheint die weibliche Arbeitskraft aber auch nicht mehr billig genug zu sein, weswegen hier, wie in der Zigarrenindustrie, der Nachwuchs von Jugendlichen unter 16 Jahren gebildet wird. In Offenbach hat die günstige Konjunktur in der Lederwarenindustrie einen starken Zuwachs der Arbeiterinnen in Metall- und Lederwarenfabriken verursacht, dagegen wurden in der Zigarrenindustrie 94 weniger wie im Vorjahre beschäftigt. In der Gegend um Giessen herum ist eine starke Zigarrenindustrie ansässig. Im Hinblick auf die neue Tabaksteuer haben die Zigarrenhändler sich mehr als gewöhnlich mit Vorrat gedeckt und die Fabriken mit Aufträgen überhäuft, deren Ausführung eine vermehrte Einstellung von Arbeitskräften bedingte; demzufolge wurden 169 Arbeiterinnen mehr wie im Vorjahre beschäftigt. In Oberhessen werden insgesamt 3097 Arbeiter in der Zigarrenindustrie beschäftigt, davon sind 2156, also mehr als zwei Drittel der Arbeiterinnen, über 16 Jahre, 301 weibliche und 107 männliche unter 16 Jahren. Bezählt wurden 402 Seimarbeiterinnen. Im Bezirk Mainz ist die Zahl der Arbeiterinnen unessenflich, die der Arbeiter um 3,6 Proz. zurückgegangen. Dabei ist beachtenswert, daß in der Gruppe VII (Hortwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtsstoffe, Fette, Oele und Firnisse) die Zahl der Arbeiterinnen sich um 31,8 Proz. vermehrte, die der erwachsenen Arbeiter um etwa 8 Proz. zurückgegangen ist.

In Worms wurden aus denselben Gründen wie in Offenbach eine erhebliche Anzahl Arbeiterinnen mehr eingestellt. So beschäftigt die Lederindustrie 226 Arbeiterinnen = 19,8 Proz. mehr als im Vorjahre. Radezu 60 Proz. aller Arbeiterinnen finden in der Leder- und Textilindustrie Erwerb.

Ein Kartonsfabrikant wurde mit 20 Mk., ein Lederwarenfabrikant mit 10 Mk. Strafe belegt, weil sie an einzelnen Tagen Arbeiterinnen länger als 11 Stunden beschäftigt. In 9 Damenschneidereiunternehmen wurden Arbeiterinnen am Samstag über die gesetzlich bestimmte Frist hinaus beschäftigt. Strafen: 2 bis 8 Mk. Eine Konfektionsfirma mußte 18 Mk. zahlen, weil sie 9 Arbeiterinnen

länger als 11 Stunden beschäftigt. Diese Bestrafungen kann man eher als Belohnung für Ausbeutung ansehen. Der Besitzer einer Kartonagenfabrik in Offenbach hat im Jahre 1909 abermals gegen die guten Sitten verstoßen, was durch Beschwerden zur Kenntnis der Behörden kam. In früheren Jahren sind schon mehrfach Sittenverstöße aufgedeckt worden, so daß im Jahre 1905 die Handlungsweise dieses Unternehmers zu einer Polizeiaufklage im Sinne der §§ 120 c und 120 d der G.-L. zum Schutz der Arbeiterinnen führte. Die diesjährige Verletzung trug dem Fabrikanten eine Geldstrafe von 100 Mk. event. 20 Tage Haft ein. Er hatte eine 15jährige Arbeiterin zu sich in einen Raum geführt, ohne daß eine dritte Person dabei war, und das Mädchen mit unzüchtlichen Anträgen beflößigt. Die erwähnte Polizeiaufklage vom Jahre 1905 bestimmt u. a.: „Arbeiterinnen dürfen niemals allein in einem Raum hineingeführt werden oder in einem Raum verbleiben, in welchem sich nicht noch dritte Personen befinden.“

Arbeiter im allgemeinen.
Währendem in 4 Aufzugsbezirken die Anzahl der beschäftigten Arbeiter eine Zunahme erfahren hat ist sie im Mainz er Bezirk um 3,6 Proz. herabgegangen. Den Hauptanteil der Verlustziffer trägt hier die Textilindustrie mit 22,2 Proz., und zwar wegen des Rückgangs der Möbelindustrie für die dazugehörigen Posamentenfabriken. Im Bezirk Darmstadt beträgt die Zunahme der Arbeiter 1,5 Proz. Im Verhältnis hierzu stieg die Zahl der weiblichen erwachsenen Arbeiter um das Sechsfache, die der jugendlichen um das Zwölffache gegenüber der erwachsenen männlichen Arbeiter. Im Offenbacher Bezirk stieg die Gesamtzahl der gewerblichen Anlagen um 99 und ihrer Arbeiter um 1797. Dieser Zuwachs wurde in der Hauptsache durch besseren Geschäftsgang der Metallwarenfabriken (Bütlereien), der Fabriken feiner Lederwaren, der Wäschereierien und Schuhfabriken veranlaßt, während die Zigarettenfabriken infolge der Steuererhöhung einen Rückgang um 4 Betriebe und 110 Arbeiter, meistens Arbeiterinnen, zeigten. Im Lederkönigreich Hehl zu Worms betrug die Zunahme 774 Beschäftigte, wovon allein 761 auf die Lederindustrie entfielen.

Ueber die Organisationsverhältnisse der Arbeiter wird berichtet:
S i e h e n : Trotz der auch im Berichtsjahre fortwährend ungünstigen Verhältnisse hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftler auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre gehalten. Nur der Verband der Metallarbeiter hat eine Abnahme zu verzeichnen. Die Gewerkschaften zählten rund 158 000 Mt. Arbeitslosenunterstützung aus.

Mainz: Durch die herrschende Arbeitslosigkeit und das dadurch veranlaßte Abwenden der Arbeiter haben die freien Gewerkschaften eine Abnahme von 15 Proz. ihrer Mitglieder zu verzeichnen.

Worms: Die stärksten Arbeiterorganisationen des Bezirks sind die freien Gewerkschaften. Im Jahre 1908 hatten diese infolge der allgemeinen ungünstigen Konjunktur einen beträchtlichen Rückgang erlitten. Obwohl im Berichtsjahre keine besonders große Zunahme auswärtiger Arbeitskräfte zu verzeichnen war, so ist doch ein starkes Anwachsen der freien Gewerkschaften zu verzeichnen, und zwar in Worms selbst 47 Proz., d. h. von 1497 auf 2202. Auch die G i r s c h - D u n d e r t e i l e n haben einen Zuwachs von 400 auf 602 aufzuweisen. Von den christlichen Gewerkschaften liegen keine Nachrichten über ihren Stand vor. Wahrscheinlich haben deren Leiter allen Grund, die D e s t i n i e r t e i t nicht zu unterrichten.

Es würde zu weit führen und den Raum unseres Blattes zu viel in Anspruch nehmen, wollten wir auch nur auszugswweise noch über Betriebsunfälle, Handhabung der gesetzlichen Vorschriften, Schuldverrichtungen, gesundheitschädliche Einflüsse usw. referierend berichten. Wir beschränken uns zum Schluß auf einige für unsere Leser bemerkenswerte Punkte aus dem Abschnitt über **W i r t s c h a f t l i c h e u n d s i t t l i c h e Z u s t a n d e d e r A r b e i t e r b e v ö l k e r u n g**.

Nach der am 1. Oktober 1910 vorgenommenen Zahlung im Offenbacher Gebiet waren 1324 männliche und 1244 weibliche Heimarbeiter gemeldet. In diesen Summen sind 430 Posamentenarbeiterinnen, 1119 Portefeuller, 12 männliche und 606 weibliche Zigarettenarbeiter, 2 männliche und 70 weibliche Damenhaarschneider sowie 138 männliche und 42 weibliche Konfektionschneider enthalten. Alle diese Leute sind bei den oben gemachten statistischen Angaben nicht mitgezählt. Der Bericht bemerkt bei Wiebergabe dieser Zahlen, soweit sie sich auf Portefeuller und Posamentenarbeiterinnen beziehen, daß sie nicht der Wirklichkeit entsprechen, also tatsächlich viel mehr vorhanden sind.

Soweit die bisherigen Erfahrungen reichen, lassen die Wohnungen und Arbeitsstätten der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden vielfach sehr zu wünschen übrig, so namentlich die Wohnungen der

Zigarettenheimarbeiter und Tabakripper. Nach Inkrafttreten des demnächst zu erwartenden Heimarbeiterschutzgesetzes eröffnet sich den Aufsichtsbeamten ein weiteres reiches Arbeitsfeld, das die Beamten namentlich in den ersten Jahren nach dem Erlaß nicht wenig in Anspruch nehmen wird.

Die Wohn- und Schlafräume der Ziegeleiarbeiter lassen oft in ihrer Keilichkeit zu wünschen übrig. Sie sind voller Ungeziefer, namentlich Flöhe. Zwei Feldziegelarbeiter wurden in eine Strafe von 15 Mk. genommen, weil sie die Unterkunftsräume ihrer Arbeiter den polizeilichen Vorschriften entsprechend nicht instand hielten. Auch über Unsauberkeiten in Bäckereien wird lebhaft Klage geführt, weshalb auch die größte Anzahl der Bestrafungen auf Bäckermeister entfiel. Namentlich der Darmstädter Beamte hat in der Kontrolle der Bäckereien alles Mögliche getan. Sein Vorgehen verdient nicht nur in dessen Nachahmung. Im Gegensatz zu den Privatunternehmungen werden die Lohn- und Erwerbverhältnisse der Mainzer Spar- und Konsum-Produktionsgenossenschaft als musterhaft bezeichnet, sowohl in bezug auf Arbeitszeit wie Entlohnung. Alles in allem gibt der Bericht ein trübseliges Bild des industriereichen Sessens, seiner Arbeiterbevölkerung und deren Bestrebungen im wirtschaftlichen Leben. Er zeigt ein recht lobenswerthen Auffassung der Pflichten der Gewerbeinspektoren und läßt dabei niemand im Zweifel, daß zum Schutze der Arbeiter noch viel mehr hätte geschehen können, wenn — ja wenn mehr Aufsichtsbeamte vorhanden wären. Wir fassen daher die Anerkennung und Mitarbeit der Gewerkschaften und ihrer Angestellten so auf, als wolle der Bericht alle Arbeiter auf ihre Organisationspflicht hinweisen, damit die Ausbeutungswelt der Unternehmer abgemittelt und ein besserer, durchgreifender Schutz für alle Arbeiter recht bald durchgeführt wird.

Die Höhe der Unfallrente.

G. Nach erlittenem Unfall taucht in erster Linie die Frage auf, in welcher Höhe die Berufsgenossenschaft Rente zu gewähren hat. Die Rente ist mit dem Beginn der vierzehnten Woche nach dem Unfall zu gewähren. Nur in dem Falle wird die Rente von einem früheren Zeitpunkt ab gewährt, wenn der Anspruch auf Krankengeld vor Ablauf der dreizehnten Woche wegefallen, bei dem Verletzten jedoch eine über die dreizehnte Woche hinaus andauernde Beschränkung der Erwerbsfähigkeit besteht. Verliert z. B. jemand durch Unfall einen Finger, so erfolgt meistens die Entlassung aus der ärztlichen Behandlung vor Ablauf der dreizehnten Woche. Dieser Verluste bleibt aber über diese Zeit hinaus geschädigt und der Beginn der Rente hat von dem Tage ab einzutreten, an welchem die Entlassung aus der ärztlichen Behandlung erfolgt. Die Gewährung von Renten auf Lebenszeit ist unzulässig. Ebenfalls kommt eine sogenannte Dauerrente in Betracht. Rente wird nun nicht in allen Fällen gewährt. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts entspricht die Gewährung einer Teilrente von weniger als 10 Proz. im allgemeinen nicht der Absicht des Gesetzgebers, da derartige geringfügige Schädigungen wie sie bei Gewährung einer so kleinen Rente vorausgesetzt werden, als ein wirtschaftlicher Nachteil im Sinne der Unfallversicherungsgeetze nicht gelten könne. Insbesondere bedinge der Verlust einzelner Fingerglieder, ja unter Umständen auch eines ganzen Fingers, oder ähnliche minder bedeutende Folgen von Handverletzungen nicht immer eine mehr oder weniger Beschränkung der Erwerbsfähigkeit.

Dem Verdienste, den ein Verletzter nach einem Unfall erzielt, kann zwar für die Bemessung der Rente eine gewisse Bedeutung beigelegt werden, doch ist der Verdienst als solcher nicht ohne weiteres entscheidend. Es soll zwar belanglos sein, wenn ein in seiner Erwerbsfähigkeit offenbar beschränkter Verletzter nach der Heilung bei seinem früheren Arbeitgeber denselben Lohn wie vor dem Unfall erhält; jedoch suchen die Berufsgenossenschaften hieraus entweder durch Gewährung ganz niedriger Renten oder durch gänzliche Ablehnung derselben Vorteile herauszuschlagen. Für die Gewährung der Rente ist es auch nicht ausschlaggebend, wenn ein Verletzter sich vergeblich um Arbeit bemüht; er ist, wenn er keine Arbeit findet, nicht schon deshalb gänzlich erwerbsunfähig. Das bisherige Arbeitsfeld ist für die Abschätzung der Unfallfolgen auch nicht allein maßgebend. Man nimmt hier in der Regel an, daß der Schaden, welcher einem Verletzten durch Unfall zugefügt worden ist, vielmehr in der Einschränkung der Möglichkeit bestiehe, auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiete nach seinen gesamten Kenntnissen und körperlichen wie geistigen Fähigkeiten Verdienst zu erlangen.

Die Beurteilung der unmittelbaren und mittelbaren Einwirkung der Folgen des Unfalles auf die Erwerbsfähigkeit ist von den Unfallversicherungsinstanzen unter Berücksichtigung der gesamten Sachlage selbständig zu bewirken. Die ärztlichen Gutachten geben hierbei zwar einen bedeutungsvollen Anhalt, aber nicht ohne weiteres den Ausschlag. Weiter

halten sich die Berufsgenossenschaften so einigermassen an die vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Grundsätze. Hiernach soll ein Verletzter in der Regel erhalten für:

- 1. Verlust einer Hand oder des Armes:** rechts 66 2/3—75, links 50—70 Proz. Bei Gebrauchsunfähigkeit der Hand reduzieren sich diese Sätze je nach der Art der Beschränkung. Hier hat das Reichsversicherungsamt für den Verlust der rechten Hand einem Eisenhobler 60, einem Lokomotivführer 75, einem Wäscherin für schwere Veranstellung und Verhüttung der Hand 80 Proz. gewährt. Für den Verlust der linken Hand erhielt eine Wäscherin 60, ein Monteur 50, ein minderjähriger Arbeiter (dem eine künstliche Hand mit beweglichen Fingern geliefert worden war) 40 Proz. — Für den Verlust des rechten Armes erhielt ein Maurer 75, ein Schlosser 70, ein Hilfschaffner (dem ein künstlicher Arm geliefert worden) nur 66 2/3 Proz. Für den Verlust des linken Armes wurde gewährt: einem Maschinenwärter 75, einem Wagenführer 66 2/3, einem Kreisjägarbeiter 60, einem Fabrikarbeiter 50 Proz.
- 2. Fingerverletzungen:**

Daumen rechts 25, links 20, Zeigefinger rechts 20, links 15, Mittelfinger rechts 15, links 10; für alle übrigen Finger je 10 Proz. mit dem Unterschied, daß für den glatten Verlust des linken Kleinfingers gar keine Rente mehr gewährt wird. Ist nach dem Verlust des vierten Fingers der linken Hand ein guter Nahtschluß zu verzeichnen, so können die Berufsgenossenschaften auch hier die Rente ab, ebenso verlagert man schon die Rente beim glatten Verlust des rechten Kleinfingers. Das Reichsversicherungsamt mit seiner seit Jahren schwanfenden Rechtsprechung hat leider schon mehrfach die Verjagung der Rente in vorliegend angebotenen Fällen bestätigt. Höhere Prozentsätze, als wie die oben angegebenen, werden beim Verluste von Fingern äußerst selten bewilligt. Kommt nur der Verlust einzelner Glieder, also nicht der des ganzen Fingers, in Betracht, dann erniedrigen sich die angegebenen Prozentsätze oder es gibt gar nichts. Für den Verlust des größten Teiles des rechten Daumens hat ein Zimmerer 20, für den gänzlichen Verlust des rechten Daumens ein Dreher 25, ein Bergmann auch schon 30 Proz. erhalten. Beim linken Daumen wurde bei einem Schuhmacher 20, bei einem Zimmerer 30 Proz. Schädigung angenommen. Gelähmte oder steife Glieder werden in der Regel als verloren betrachtet.

3. Beinverletzungen:

Verlust des rechten Beines 75—80, des linken 70—75; Amputation des Beines unterhalb des Knies rechts 60, links 50 Proz. Trochsem steife und gelähmte Glieder in der Regel als verloren gelten sollen, erhielt ein Schaffner für völlige Steifheit des rechten Beines nur 33 1/2 Proz. Einem Sägearbeiter und einem Bergmann bewilligte das Reichsversicherungsamt beim Verlust des linken Unterschenkels 50, einem Tagelöhner beim Verlust des rechten Unterschenkels auch nur 50 Proz. Während ein Tagelöhner für den Verlust des rechten Beines 80 Proz. erhielt, sprach man einem Zimmerer nur 70 Proz. zu.

4. Niedererkrankungen:

Versteifung des Kniegelenkes 30—40, sogenanntes Schlottergelenk 66 2/3 Proz.

5. Fußverletzungen:

Für den Verlust der großen Zehe werden in der Regel 10 bis 15 Proz. gewährt. Kommt einer der übrigen Zehen in Betracht, so gibt es hierfür meistens gar nichts, nur wenn gleichzeitig mehrere Zehen amputiert werden müßten, z. B. die vierte und fünfte Zehe, so gewährt man hierfür ebenfalls circa 15 Proz.

6. Augen.

Für den Verlust eines Auges kommen 25—33 1/2 Prozent, je nach dem Verufe des Verletzten, in Betracht. Der Verlust beider Augen wird mit 100, die Verringerung der Sehschärfe mit 10—25 Proz. entschädigt. Genau so, wie man beim Verlust von Fingern, ja sogar auch der Arme oder Beine nach Jahren wegen eingetretener „Gewöhnung“ eine Kürzung der Rente verliert, nimmt man beim Verlust des Auges nach Jahren ebenfalls Kürzungen vor. Das Reichsversicherungsamt hat hier schon Kürzungen von 33 1/2 auf 25 und von 30 bis auf 20 Proz. bestätigt, da die Verletzten sich nach Jahren an den einäugigen Schaff gewöhnt haben müßten.

Außer den vorstehend aufgeführten Verletzungen kommt noch die Gewährung einer Rente für die durch Unfall eingetretene Schwerhörigkeit in Betracht. Stellt sich das Auftreten eines Leistenbruchs als Betriebsunfall dar, was allerdings nur höchst selten der Fall sein soll, dann ist hierfür auch Rente zu gewähren. Der Leistenbruch ohne Komplikation wird regelmäßig mit 10 Proz., mit Komplikation von Fall zu Fall entschädigt. Das letztere trifft auch für die Schwerhörigkeit zu. Weiter kommt noch vor: Bruch der Schädelbasis, die in der Regel mit 75 Proz. entschädigt wird. Neurose mit 33 1/2, Verletzung der Wirbelsäule 80, Herzvergrößerung 60 Proz. Zum Schluß soll nun noch darauf hingewiesen werden, daß die Berufsgenossenschaften innerhalb

der ersten zwei Jahre jederzeit eine Aenderung der Mente eintreten lassen können, nach Ablauf der zwei Jahre jedoch alle Jahre nur einmal und nach Ablauf von fünf Jahren können die Berufsgenossenschaften selbständig nichts mehr vornehmen, sondern sie müssen sich dann mit ihrem Antrage an das Schiedsgericht wenden. Mit Hilfe der Vertrauensärzte, die vielfach auch noch gleichzeitig Vertrauensärzte der Schiedsgerichte sind, versuchen die Berufsgenossenschaften bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eine Kurzung oder, wo irgend angängig, die gänzliche Entziehung der Mente vorzunehmen. Trachten doch die Junter schon danach, Renten bis zu 25 Proz., die man im preussischen Abgeordnetenhaus als „Schnapsrenten“ bezeichnet hat, ganz in Wegfall zu bringen. Aus diesem Grunde haben wir beim Wiedereintritt der Reichsversicherungsordnung im Reichstage alle Hebel in Bewegung zu setzen, um geplante Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung abzuwehren.

Die Schlichtungskommission für die Berliner Lederwarenindustrie

beschäftigte sich am 15. April mit der Frage: „Ist in der Taschenerindustrie Berlins die 53stündige Arbeitswoche ortsüblich und vertraglich festgelegt?“

Die Firma G. Vochbaum, Sebastianstr. 13, betreibt neben einer Fabrik für Poloburmen auch eine Abteilung für Herstellung von Damentaschen. Die Arbeitszeit in dem genannten Betrieb beträgt 54 Stunden pro Woche. Für die Taschenerindustrie besteht aber bereits seit dem Jahre 1902 die 53stündige Arbeitszeit und bei den Verhandlungen über die Schaffung des einbettlichen Tarifvertrages für Offenbach-Berlin wurde die Vereinbarung getroffen, daß an der 53stündigen Arbeitszeit für das Berliner Taschengewerbe festgehalten werden solle.

Jetzt weigert sich die Firma Vochbaum, für die Taschenerie die 53stündige Arbeitszeit einzuführen. In der Klageschrift wurde beantragt, durch Entscheld der Schlichtungskommission die Firma zu verurteilen, fortan die 53stündige Arbeitswoche einzuführen. Vor Beginn der Verhandlung gab der Firmenvorstand die Erklärung ab, wenn ihm bei der Vorlegung des Tarifvertrages gesagt worden wäre, daß der Tarif in bezug auf die 53stündige Arbeitswoche für Taschner nicht zutrifft, so hätte er auch sofort bei Errichtung des Betriebes die 53stündige Arbeitszeit eingeführt. So habe er sich aber nach dem Tarif gerichtet und das Verlangen der Arbeiter als ungerechtfertigt gehalten. Nach der ihm gewordenen Aufklärung wird er selbstverständlich ab 16. April den Vereinbarungen nachkommen.

Da dies schon zum zweiten Male der Fall war, daß erit Klagen anhängig gemacht werden mußten, dann aber vor Beginn der Verhandlungen Vergleiche geschlossen wurden, beantragt der Arbeitnehmervertreter, die Schlichtungskommission möge einen Beschluß fassen, wonach in allen Betrieben, in den Taschen angefertigt werden, die 53stündige Arbeitswoche zu Recht besteht. In gemischten Betrieben muß mindestens für die auf Taschen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die 53stündige Arbeitszeit eingeführt sein. Diefem Antrage wurde stattgegeben. Die Arbeitgeber werden davon durch ihre Organisation in geeigneter Weise in Kenntnis gesetzt.

Der Vertreter des Buchbinderverbandes beantragte, der Galanteriewarenfabrik Schlunz zu verbieten, Fertigmacherinnen auf Postfachbundesfest usm. einzustellen, da diese Arbeiten bis vor einigen Wochen entweder von Männern allein oder in Gemeinschaft mit Arbeiterinnen, aber nie von diesen allein angefertigt worden sind. In diesem Vorgeben erblicken die Arbeiter eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Der Vertreter der Firma beantragte Abweisung der Klage, weil in Konkurrenzbetrieben ebenfalls Fertigmacherinnen, deren Lohn tariflich geregelt ist, beschäftigt sind. Dazu kommt, daß nur solche Artikel von den neuangeestellten Arbeiterinnen hergestellt werden, die früher nicht fabriziert wurden. Auch werden jetzt mehr Arbeiter als früher beschäftigt. Auch längeren gegenseitigen Erklärungen wird die Klage zurückgegeben. Privatim wurde vereinbart, in nächster Zeit eine gemeinsame Besprechung anzuberaumen, in der nach Möglichkeit bestimmt werden soll, welche Leistungen den Arbeiterinnen nicht gestattet werden dürfen.

Bekanntlich müssen seit dem 1. Januar d. J. Arbeiterinnen an Sonnabenden spätestens um 5 Uhr, auf jeden Fall aber eine Stunde früher wie an den übrigen Tagen Arbeitsschluß haben. Die Galanteriewarenfabrik Krdner u. Schwedhelm zählt nun den Arbeiterinnen für die ausgefallene Stunde keinen Lohn. Der Vertreter des A. V. beantragte, die Schlichtungskommission möge die Firma dazu verurteilen. Der Vertreter der Firma erwiderte, daß in seinem Betriebe auf Grund der Arbeitsordnung nur für gearbeitete Stunden Lohn gezahlt wird. Eine Ausnahme machen Kontrollversammlungen oder eventuelle

Entlassungen am Tage. Nur in diesen Fällen kommt die Bestimmung des Tarifvertrages bezüglich des Einbettstages zur Geltung. Der Arbeitnehmervertreter stellte dem entgegen, daß durch diese gesetzliche Bestimmung die Arbeiterinnen eine Lohnentbehrung hätten, was doch gewiß nicht der Wille des Gesetzgebers war. Trotz dieser zureichenden Begründung wurde die Klage abgewiesen.

Wir sind der Auffassung, daß die Schlichtungskommission so nicht hätte entscheiden dürfen, weil bei Beratung des Tarifvertrages beide Kontrahenten sich davon leiten ließen, daß durch Zeitverräumnisse, deren Ursache nicht Schuld der Arbeitnehmer ist, auch kein Lohnausfall stattfinden soll. Zur Zeit des Tarifabschlusses war die gesetzliche Bestimmung nicht vorausgesehen und konnte deshalb auch nicht im Tarif erfaßt werden. Es wäre deshalb wohl praktischer gewesen, die Klage solange auszusprechen, bis die beiderseitigen Vorstände sich darüber ausgesprochen und den Beschluß als Bestandteil des Tarifvertrages festgelegt hätten. H. W.

„Christliches“.

Mit. Durch die Herkale und gewerkschafts-„Christliche“ Presse geht unter der ihr so beliebten Spitzmarke „sozialdemokratischer Terrorismus“ die Schauermär, wonach die frei organisierten Sattler der Stahlbaumstiftfabrik R. Gullleum-Mühlheim a. Rh. einen bei der Firma beschäftigten christlichorganisierten Sattler, nur weil dieser christlichorganisiert sei, brotlos gemacht haben. Zugleich behauptet man ein „gemisses“ Denunziantentum zur Schau zu tragen, indem man die Namen einzelner Kollegen und des Wirtes, wo die Verhaftung stattfand, in welcher der Terrorismus ausgeübt worden sei, veröffentlicht.

Wohlwollend unterfährt man alles das, was den christlichen Kollegen in ein schiefes Licht rufen könnte, was doch unbedingt wäre es mit der christlichen Wahrheitsliebe nicht allzu weit her, erwählt werden müßte. Man stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Auf der einen Seite die freiorganisierten Sorgen und auf der anderen Seite das unschuldige christliche Lämmlein.

Es fällt uns nicht ein, uns mit der schwarzen Garde an dieser Stelle über Terrorismus auseinanderzusetzen. Diese Brüder in Christo mögen erit den Balken aus ihrem eigenen Auge entfernen, ehe sie sich um den Splitter eines anderen kümmern.

Wir sind an derartige Notizen gewöhnt und würden dieser keinen besonderen Wert beilegen, wenn nicht die großen und kleinen christlichen Klaffer Kapital aus derartigen Schwindelberichten zu schlagen pflegten.

Deshalb sei folgendes festgestellt: Am 8. April d. J. fand für die Sattler genannter Firma eine Tarifabsprechung statt, zu welcher auch der Christlichorganisierte eingeladen war.

Direkt gelogen ist es, wenn es heißt, die Sitzung wurde vom „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftsbeamten Schneider geleitet. Die Anwesenden wählten gleich am Beginn der Sitzung, da der frühere Vertrauensmann abgereist, aus ihrer Mitte einen Kollegen zur Leitung der Sitzung.

Neben Vertattungsangelegenheiten wurden selbstverständlich auch Organisationsfragen behandelt und hierbei dasselbe getan, was die „Christen“ ebenfalls zu tun pflegen. Der christliche Kollege wurde aufgefordert, zum Verbands der Sattler und Portefeuille überzutreten.

Die Kollegen begründeten es damit, daß wir Sattler mit „Christlichen“ schon böse Erfahrungen gemacht haben. Nur zwei Fälle wollen wir hier anführen.

In Frankfurt a. M. wurden wir bei einer Lohnbewegung nach vorherigem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten schöne hintergangen, trotzdem von 134 in Betracht kommenden Kollegen nur 5 der christlichen Organisation angehörten.

In Mühlheim a. M. hatten wir im Jahre 1907 mit der Innung einen Tarifvertrag abgeschlossen, worin auch die Aufhebung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber enthalten war. Unsere Kollegen wurden mit der Zeit abgeschoben, christliche traten an ihre Stelle. Auf die Innehaltung des Tarifes aufmerksam gemacht, erklärte man uns: „Wir haben beim Tarifabschluß nicht mitgewirkt, deshalb stören wir uns an nichts.“ Bemerkte sei hierzu, daß beim Abschluß des Tarifvertrages nach unserer Kenntnis nicht ein einziger „Christ“ in unserem Verufe in Mühlheim a. M. beschäftigt war. Andere anwesende Kollegen hatten bereits gleiche oder ähnliche Erfahrungen gemacht.

Kein Wunder, wenn die Kollegen mißtrauisch werden. Und im Interesse eines geschlossenen Ganges erging auch die obige Aufforderung an diesen Kollegen.

In der Diskussion wurden unsere Kollegen durch Zwischenrufe in der ärgsten Weise provoziert. Unqualifizierte Ausdrücke seitens des christlichen Kollegen hagelten nur-so hernieder. Es ist selbst-

verständlich, daß eine allgemeine Erregung entstand, und hierbei mögen von einzelnen Kollegen Worte gefallen sein, die besser unterblieben wären. Die Schuld hieran trägt jedoch nur der „christliche“ Kollege durch sein provozierendes Auftreten, der glaubte, weil er durch freundschaftliche Mißprobe bei der Firma eingestuft war, unseren Kollegen deshalb alles bieten zu dürfen.

Aber nicht die eben geschilderten Vorgänge waren der Grund zur Entlassung.

Schon von der Einstellung an, ohne zu wissen, welcher Organisation der christliche Kollege angehörte, beklagte sich der leitende Kollege in der Zuschneiderei, wo der betr. Kollege beschäftigt war, daß dieser sich als Zuschneider nicht eigne. Die Kollegen, die meistens im Afford beschäftigt sind, hatten selbstverständlich darunter zu leiden, weil dadurch ihr Verdienst geschmälert wurde.

Schon hierbei, des öfteren auf seine Fehler aufmerksam gemacht, trug der Kollege ein Gebaren zur Schau, das verlegend auf die übrige Kollegenschaft wirken mußte. Als unsere Kollegen, meistens ältere und auf die betr. Artikel perfekte Arbeiter, sahen, daß der junge Mann keine Lehre annehmen wollte, waren sie gezwungen, an den Meister heranzutreten.

Das Unglück wollte es nun gerade, daß der Meister am Tage nach der Verhaftung, von der er keine Ahnung hatte, den Kollegen in eine andere Abteilung stellen wollte. Dieser weigerte sich beharrlich, die Zuschneiderei zu verlassen, jedoch vielleicht darauf, daß er auf andere Art eingestuft war als alle übrigen Kollegen, deshalb wohl auch unter dem in Betrieben allgemein üblichen Stundenlohn arbeitete.

In der Mut, schließlich darüber, daß er nun auf Kommissionen mitarbeiten sollte, und vielleicht in der falschen Vermutung, daß dies auf die Vorgänge in der Verhaftung zurückzuführen sei, warf der Kollege den übrigen Worte an den Kopf, die hier nicht widerzugeben sind.

Jetzt war das Maß voll. Unter keinen Umständen wollten sich die Kollegen derartige Äußerungen gefallen lassen. Eine Kommission wurde bestellt, die um Abhilfe ersuchte. Darauf wurde der Kollege entlassen.

Dies der klare Sachverhalt. Bemerkte sei noch, daß sich Kollegen anderer Verhältnisse, wo der Kollege früher gearbeitet, über das Auftreten desselben beschwert haben.

Da wir wissen, daß die schwarze Presse eine Nichtigstellung nicht bringen wird, übergeben wir dies der Öffentlichkeit, damit, falls man von christlicher Seite mit den Verdrehungen kredenzt geht, den Derrern der Mund gestopft werden kann. — der.

Streiks und Lohnbewegungen.

Remerksamer Vorgänge in der Berliner Wagenbranche. Neben einigen wenigen vernünftigen Arbeitgebern spielen die Scharfmacher in dieser Branche die erste Geige. Die geradezu fabelhafte Entwicklung und in raschem Zunehmen begriffene Ausbreitung des Automobils und der dadurch bedingte starke Gebrauch von Arbeitskräften, namentlich aber die mehr und mehr erstarkende Organisation unserer Kollegen hindert die Scharfmacher daran, sich voll und ganz „ausleben“ zu können. Ein beständiger Kleinkrieg, der hartnäckig und mit steigendem Erfolge von unserer Seite geführt wird, zwingt vielfach ganz annehmbare Resultate.

Der Streik in den „Schlösswerken“, an dem nur 4 Kollegen beteiligt waren, ging zwar verloren, doch war es möglich, die Kollegen baldigst anderweitig unterzubringen; daß der Betrieb seinen vollenwertigen Ertrag für alle alten Leute weder bekam noch bekommt, ist dem Kenner der Verhältnisse wohl ohne weiteres einleuchtend.

Arg in die Welteln geht hat sich dagegen die „Reinleindorfer Motorwagenfabrik“ mit ihrem berühmten gelben Vertriebsverein. Die Firma stellte nach ihr vorbildlichen Mustern, wie aus unserer Zeitung bekannt ist, nur „Gelbe“ ein. In der Zeit des schlechtesten Geschäftsganges bewynten detamlich viele Arbeitgeber ihre Macht und zwangen die Arbeiter bei Strafe des Hungertodes zum Eintritt in die im Interesse des Unternehmers gegründeten gelben Werkvereine. Von diesem „herrlichen“ Mittel machte auch obige Firma Gebrauch, und zwar mit außerordentlichem Erfolge. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, traten sämtliche Arbeiter der gelben „Schutzgarde“ bei.

Der Weirag wurde gleich, ein ungemein einfaches Verfahren, des Sonnabends vom Lohn abgezogen. Doch mit des Schicksals finsternen Nächten ist kein ewiger Bund zu schließen. — Und das Unglück reitet schnell. Die Wahrheit dieses Dichtermotives sollte die Firma nur zu bald erfahren. Sämtliche Branchen gestatteten ihren Mitgliedern den Eintritt in diese Gewerkschaft, um bei günstiger Gelegenheit der gelben Organisation den Garaus zu machen. Die Gelegenheit war infolge der vielen Bestellungen

günstig und es wurde losgeschlagen. Der Erfolg war einfach verblüffend; 97 Arbeiter, darunter die 10 Sattler, verließen die Werkstätten. Die Forderungen mußte nachgeben, doch wollte sie es bei Strafe von 50 Pf. (dieses Geld sollte den Arbeitern wieder zugute kommen) verboten wissen, daß in den Werkstätten Agitationen getrieben würde. Auch dieses alles mußte fallen gelassen und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden.

Die Firma wird wohl nun resigniert sich selbst eingeleben, daß es besser ist, man überläßt das „Organisieren“ der Arbeiter einzig und allein diesen selbst. Das „schöne Geld“, das man dafür aufwendet hat, ist zum Teufel und die Lamage über den Meißel hat man gratis. Der Lohn war nur kurz; hoffen wir, daß die „Neue“ dafür desto länger aushalten wird.

Bei der Firma Franke setzten die Kollegen ohne Arbeitsniederlegung eine Lohnerhöhung durch. Es kommen 7 Kollegen in Betracht, deren Wochenlöhne durch diese Bewegung eine Steigerung von insgesamt 11,13 Mk. erliefen.

In der Berliner Kaffeeseriefabrik kam es zu Streikigkeiten und zur Arbeitsniederlegung wegen der Mittagspause. Die Angelegenheit wurde in Märgen zu unserer Zufriedenheit geregelt; die Kollegen setzten hierbei auch gleich noch eine Lohnerhöhung im Betrage von 2 Pf. pro Stunde durch.

Wie diese kurzen Auszüge zeigen, ist überall Leben; überall ist das Bestreben zu verzeichnen, die durch die Krise und unsere sonstige Reichsfinanzreform arg gedrückten Löhne wieder aufwärts zu drücken.

Die örtliche Agitationskommission ist sehr rührig und sie vertritt auch die Situation auszuüben. Die Mitgliederzahl der Wagenbranche stieg am 1. Quartal d. J. von 130 auf 155 Kollegen. Berücksichtigt man, daß wir in Berlin mit circa 220-230 organisationsfähigen Wagenfaktlern zu rechnen haben, kann man mit dem bis jetzt erzielten Resultat immerhin zufrieden sein. Doch solange es noch immer Kollegen gibt, die außerhalb unserer Reihen stehen, ist uns die „Zufriedenheit“ eine unbedachte Erscheinung. Nicht ruhen und rasten werden wir, bis auch der letzte Wagenfaktler in unserem Bunde ist, dann werden wir auch noch mit weit besseren Erfolgen aufwarten können.

Breslau. Die Forderungen der Treibriemensattler sind von der Firma Hoide rundweg abgelehnt worden. Die Firma erklärt, mit billigeren Kräften arbeiten zu wollen. Der Durchschnittslohn beträgt 20 Mk!! Konzentrat überflüssig. Wir ersuchen dringend, Zuzug fernzuhalten.

Die Militärsattler haben den Berliner Tarif eingereicht. Es ist vorgenommen, daß hier zugereiste organisierte Kollegen in gesperrten Betrieben Arbeit annehmen. Wir bitten daher sehr dringend darum, wenigstens die Adressen „Streiks und Lohnbewegungen“ sowie die Streiknotizen am Kopfe des Blattes mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen.

Freig. (Bez. Breslau). Die Kollegen der Militäreffektenfabrik von Karl Schneider sind in die Lohnbewegung eingetreten. Es dürfte voraussichtlich zu ernststen Differenzen kommen. Zuzug ist hier besonders streng fernzuhalten.

Die Gasseitung.

Leipzig. Waren die Lohnverhältnisse in Leipzig schon vor der sogenannten „Steuerreform“ besorgungsbedürftig, so war durch diese Maßnahme unserer Gesetzgeber eine Erbitterung unter die Leipziger Kollegschaft getragen, die durch die völlige Ignorierung unserer Forderungen seitens der Arbeitgeber mit großer Gewalt zum Durchbruch kam. Da also unsere Arbeitgeber es ablehnten, mit der Organisation als Vertreterin der Arbeiter zu unterhandeln, jedenfalls weil sie glaubten, uns mit Pfennigen abspesen zu können, und weil sie uns für schwächer hielten, als wir sind, ward zum letzten Mittel, zum Streik, gegriffen. Geschlossen gingen die Kollegen aus den Betrieben heraus und ließen nur die Sechlinge und Werkführer zurück. An dieser Stelle kann ausgesprochen werden, daß die reflexhaften Annoncen gewisser Leipziger Fabrikanten ohne jeden Erfolg geblieben sind. In der „Leipziger Volkszeitung“ habe ich geschrieben, daß es keine Meißerattler und Portefeuller gibt, die sich nach Leipzig sehnen, wenn hier gestreikt wird. Dies haben die hiesigen Fabrikanten empfunden, denn es haben sich nur ein paar Streikbrecher gefunden, die sonst von keinem Arbeitgeber eingestellt wurden. Hierbei marschiert die Firma F. A. Winterstein an der Spitze. Das kann jedoch die Streikenden nicht betreffen. Sie schließen sich nur noch fester zusammen und sind entschlossen, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende durchzuführen.

Hierbei ist zu erwähnen, daß wir in unserem Stampe von mehreren Filialen unseres Verbandes in mühevoller Weise unterrichtet worden sind. Somit ist die Situation so, daß bei Herabsetzung jeglichen Zuzuges nach Leipzig der Sieg unser wird.

Bremen. Am 11. April wurde mit der Annahme folgender Tarif auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weinachten und Neujahr 5 Stunden bei voller Bezahlung. Der Mindestlohn beträgt 13 Pf. pro Stunde, auf alle höheren Löhne erfolgt eine Zulage von 7 1/2 Proz. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Dauern die Ueberstunden länger wie zwei Stunden, wird 1/2 Stunde Pause gewährt ohne Lohnabzug.

Dieser Vertrag wurde auch von der Wagenfabrik A. L. Meyer durch Unterschrift annehmbar.

Die Treibriemensattler sträubten sich noch dagegen, und sollte bis zum Ablauf der Mündigkeitsfrist keine Einigung erzielt werden, wird es zum Streik kommen.

Die Kollegen werden ersucht, Bremen noch bis auf weiteres zu meiden.

Die Lohnkommission.

Köln. Die Treibriemensattler einiger Treibriemensfabriken in Köln befinden sich in einer Lohnbewegung. Bei der Firma Pausch in Köln-Porzellanthal konnte eine Einigung erzielt werden. Bei der Firma Ködel in Köln-Mülendort ist sämtlichen organisierten Kollegen gekündigt worden. Kollege Schneider, der versuchte, mit der Firma Unterhandlungen anzubahnen, wurde im schroffen Ton mit den Worten: „Ich fordere den auf, das Manoir zu verlassen“, abgewiesen. Wände Fabrikanten besitzen doch einen hohen Bildungsgrad. Deshalb dürfen sie auch nach der neuen „Wahlreform“ als Privilegierte eine Klasse höher wählen.

Zwei Nachfolger wollen hier anheimend die Auserzeker spielen. Einer, mit Namen Krupp, bezeichnet mit wunderbarer Grammatik in einer Zuschrift an die Ortsverwaltung, daß er dem Verband nicht mehr weiter angehören. Der liebe Freund ist circa 18 Wochen rückständig. Sonderbar ist es, daß der Mann erst heute weiß, daß er zweiter Meister ist und dabei noch entsprechenden Lohn erhält.

Der zweite, Vol. Paffenholz ist sein Name, erklärt in einer Zuschrift, die, wie es scheint, von fremder Hand geschrieben, weil er „zweiter Meister mit entsprechendem Lohn“ ist, kann er dem Verband nicht mehr weiter angehören. Der liebe Freund ist circa 18 Wochen rückständig. Sonderbar ist es, daß der Mann erst heute weiß, daß er zweiter Meister ist und dabei noch entsprechenden Lohn erhält.

Als wir die Bewegung einleiteten, bezog er einen „meisterlichen“ Lohn von vier Mark pro Tag und damit er etwas mehr verdiente, durfte er noch einen Tag pro Woche Afford haben. In den vorbereitenden Sitzungen konnten ihm die Forderungen nicht hoch genug gesetzt werden. Unter 50 Pf. Lohnverhöhung pro Tag ging er überhaupt nicht mehr in den Betrieb. Und nun läßt er seine Kollegen im Stich. Ob er sein Ziel erreicht hat? -- Bei den übrigen Fabrikanten schweben noch die Verhandlungen.

Tarifbewegung in der Militäreffektenbranche.

Kadetten es in Berlin gelungen ist, einen Tarifvertrag abzuschließen, zeigt sich in allen Fabrikationsorten dieser Branche das Bestreben, den in diesem Tarifvertrage festgelegten Bestimmungen und Affordgaben möglichst nahezu kommen. Wenn die Bewegung bisher keine einheitliche war, so lag dieses hauptsächlich in der Verschiedenheit der Konjunkturverhältnisse. Es wurden auch an einigen Orten Erhöhungen der Affordpreise über die am 1. Januar dieses Jahres gemachten Zugeständnisse hinaus erzielt.

Eberfeld, einst der Hauptsitz der Militäreffektenindustrie, hatte lange Zeit unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden, auch jetzt wäre es nicht besser, wenn nicht durch ausländische Aufträge die Arbeitsgelegenheit sich vermehrt hätte. Dieses gab den Kollegen im Wuppertal den Mut, ihren Arbeitgebern die Anerkennung des Berliner Tarifs als ihre Forderung zu unterbreiten. Die Herren Fabrikanten lehnten den Tarifvertrag ab, erhöhten jedoch die Affordgabe ihrer am 1. Januar herausgegebenen Lohnabelle so, daß mit wenigen Ausnahmen die im Berliner Tarif vorgesehenen Preise auch hier in Kraft treten sollen. Da jedoch ein Teil der Knapparbeiten sowie die Helme in dieser Lohnabelle schiten und die Kollegen auch ihre Arbeitsbedingungen geregelt wünschten, so wurden die Kollegen Schneider und Hiedel beauftragt, mit den Herren Fabrikanten eine persönliche Aussprache herbeizuführen. Während die Herren Angewitter, Dams und Clemen die Organisationsvertreter empfinden und auch eine ausgiebige und sachliche Aussprache zuließen, wurden die genannten Kollegen von Herrn Wühlensfeld jun. gehindert, das

Manoir zu betreten, an Stelle dessen vielmehr zwisehen Tür und Angel mit einigen schmudderrigen Mediansarten abgefertigt. Zur Ehre des Herrn Wühlensfeld jun. welcher zurecht krank lag, nehmen wir an, daß das Verhalten seines Sohnes nicht in seinem Charakteristis geschah. Das Ergebnis der Aussprache war, daß die Herren Fabrikanten wohl der immerwährenden Verrückung durch Lohnforderungen mude sind, jedoch die Bestimmungen des Berliner Tarifs konntien und wollten sie nicht akzeptieren, desgleichen auch nicht die Preise für Knapparbeiten. Sie wandten auch ein, daß sie sich nicht nach Berliner Verhältnissen richten können, da ihre Interessensphäre mehr mit denen der süddeutschen Fabrikanten zusammenfällt. Als daraufhin von uns der Vorschlag gemacht wurde, auf einer gemeinsamen Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Süd- und Westdeutschlands einen für diesen Bezirk gültigen Tarifvertrag zu beraten, erklärte Herr Clemen diesen für erwägenswert, ohne sich jedoch irgendwie zu binden. Die Versammlung in Eberfeld nahm im Einblich darauf, daß es vielleicht doch noch möglich sein werde, durch weitere Verhandlungen zu einem Tarifvertrage zu kommen, folgende Resolution an:

„Die heute am 11. April tagende Versammlung der Sattler der Militäreffektenbranche erklärt nach der Berichterstattung des Kollegen Hiedel über die gescheiterten Unterhandlungen mit den Fabrikanten, mit der Preiserhöhung der einzelnen Artikel sich vorläufig zufrieden zu geben. Die Versammelten erklären jedoch, unter allen Umständen an der Durchführung eines Tarifvertrages festzuhalten und werden bei geeigneter Gelegenheit kein Mittel unversucht lassen, den Abschluß eines Tarifvertrages herbeizuführen.“

Essenbach. Der Streik bei der Firma Wauer ist beendet. Infolge es der Firma gelungen ist, einen Teil der Arbeit bei Seimarbeitern und Landmeistern unterzubringen, auch unsere Kollegen sind alle anderweitig in Arbeit getreten sind, war es doch notwendig, eine Einigung herbeizuführen. Diese Aufgabe können bei Anwendung professioneller Arbeitsmethoden billiger bewerkstelligt werden, ohne daß dem Arbeiter der Verdienst geschmälert wird. Dies hat auch die Firma eingesehen und wird demnach eine andere Herstellungsweise Platz greifen. Folgender Vergleich kam zustande: Die Firma Wauer zahlt für die Aufgabe komplett 160 Mk. Für jedes Teil, welches bei veränderter Fabrikationsmethode anderweitig hergestellt wird, werden von dem Gesamtpreis 90 Proz. des von dem Arbeiter ausgenüßten Tarifbeitspreises in Abzug gebracht. Dieses Abkommen gilt bis 31. März 1911. Betreffs des Tarifs für deutsche Militärausstattung erklärte sich die Firma bereit, die von den Eberfeldern Fabrikanten bewilligten Preise zu zahlen, auch sich an etwaigen Verhandlungen über einen süddeutschen Tarifvertrag zu beteiligen.

Aus unserem Beruf.

H. W. Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Sattler- und Portefeullerverbandes war im Laufe des 1. Quartals 1910 nach den Nachweisungen für das Reichsstatistische Amt durchgängig niedriger wie im Vorquartal. Ein Beweis, daß nicht nur die günstige Konjunktur der Meißerattler- und Portefeullerindustrie weiter angehalten hat, sondern alle in unserem Verbande vereinten Berufe eine Besserung auf dem Wirtschaftsmarkte zu verzeichnen haben, was sich auch in der anschließenden Steigerung der Mitgliederzahl widerspiegelt. Von den 10283 männlichen Mitgliedern waren 919, und von den 689 weiblichen 42 insgesamt 12316 Tage arbeitslos. Unterstützung wurde an 375 männliche für 3514 Tage 6497 Mk. gezahlt. Von den auf der Reise sich befindlichen Mitgliedern waren 98 Kollegen, die in 268 Fällen für 784 Tage 795 Mk. Reiseunterstützung erhielten. 16 weibliche Mitglieder erhielten für 195 Tage 167 Mk. Arbeitslohn und ein Mitglied für 3 Tage 3 Mk. Reiseunterstützung. Die Zahl der Arbeitslosentage ist von 11 Proz. auf 10,43 Proz., die der Arbeitslosentage von 14 1/2 auf 12 3/16 zurückgegangen.

Aus Industrie und Handel.

Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau und Maschinenbauanstalt (Linde). Wie wir einem Ausgange aus dem Geschäftsbericht entnehmen, belief sich der Bruttogewinn in 1909 einschließlich 27 532 Mk. (i. V. 18 305 Mk.) Vortrag auf 5 886 175 Mk. (i. V. 4 480 611). Allgemeine Unkosten erforderten 2 056 745 Mk. (1 927 194), Wohlfahrtsvereinigungen wurden auf 1 302 274 Mk. (2 001 832) bemessen. Aus dem Ueberzucht werden (ohne etwaige Rückstellungen) 1 000 000 Mk. für den Neubau zurückgestellt und 100 000 Mk. (167 436 Mk.) dem Reservefonds für Beamten- und Arbeiterunterstützungen überwiesen. Es bleiben dann 1 150 830 Mk.

(1923/24) zur Verfügung der Generalversammlung, wovon 4 1/2 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien = 148.500 Mk. (wie i. V.) und 25 Proz. auf die Stammaktien = 825.000 Mk. (22 Proz. gleich 726.000 Mk.) ausgeschüttet, 144.566 Mk. (120/277) Tantiemen bezahlt und 32.763 Mk. neu vorgetragen werden sollen.

Soweit berichtet die Börse über diese Firma, die noch in guter Erinnerung unserer Leser steht, haben wir uns doch bereits des öfteren mit den dortigen „Geldfuchtlern“ zu befassen gehabt. Uns interessiert an dem Bericht die Tatsache, daß trotz der rückgängigen Konjunktur im Jahre 1909 25 Proz. Dividende, also noch 3 Proz. mehr als im Jahre 1908, verteilt werden konnte. Die Firma begründet dieses (wohl nur, weil es sonst unverständlich wäre) damit, daß in der ersten Hälfte des Jahres noch mit den alten auskömmlichen Preisen gerechnet werden konnte und weil außerdem — weniger Abschreibungen vorgenommen wurden. Worum, so fragen wir, mußte denn das sein? Wahrscheinlich, somit hätte man es doch nicht gemacht, wird da die Antwort lauten, wahrscheinlich hatte man bisher überhaupt aus gewissen Gründen, die meistens gewerkschaftlicher Natur zu sein pflegen, zu viel abgeschrieben. Doch das können und wollen wir weniger in den Bereich unserer Betrachtungen ziehen, weil wir die finanziellen Verhältnisse der Firma nicht genügend kennen. Interessant dürfte aber die Tatsache sein, daß auch die Tantiemen (Ertragsanteile des Vorstandes und Aufsichtsrats) im „schlechten“ Jahre 1909 um mehr als 24.000 Mk. höher waren als im Jahre 1908. Für „Wohlfahrts-Einrichtungen“ hingegen, die auch hier wahrscheinlich wie fast überall sicher nur der „Wohlfahrt“, die sie meinen, dienen, hatte man im Jahre 1909 zirka 35.000 Mk. weniger übrig als im Vorjahre. Auch dem Reservefonds für Pensionen- und Arbeiterunterstützung „konnten“ im vergangenen Jahre 67.000 Mk. weniger überwießen werden als im Vorjahre. Retrospektieren wir, dann ergibt sich folgendes interessante Resultat. Trotz niedrigerem Bruttogewinn in diesem Jahre ein höherer Reingewinn als im Vorjahre. Bedeutende Steigerung der Dividende und Tantiemen. Noch bedeutendere Herabsetzung der Ueberweisungen für Wohlfahrts-Einrichtungen und für Pensionen- und Arbeiterunterstützung. Wie sich im vergangenen Jahre die Lohnverhältnisse gegenüber dem Vorjahre gestaltet haben, ist uns leider nicht bekannt, wir vermuten aber, daß die Gestaltung derselben sich nicht in der Richtung der Dividenden und Tantiemen vollzogen hat. Dem Kundigen wird allerdings mit diesen „Verformungen“ nichts Neues offenbart. Die riesigen Neuanlagen der Firma kosten Geld und abermals Geld, und dieses kann man doch unmöglich von den Dividenden und Tantiemen in Abzug bringen. Wozu hat man denn den gelben Werkverein gegründet? — Na also! Das darin „investierte“ Kapital muß sich doch gleichfalls verzinsen und mit einem möglichst hohen Zinsfuß natürlich. Da muß nun eben die Schraube angezogen werden und wie Figuren zeigt, mit vollem Erfolge! Was schadet es, wenn auch den „Geldern“ bei dieser Manipulation grün und blau vor Augen wird?

Korrespondenzen.

Witten. (E. 15. 4.) Am 9. April fand eine von zirka 60 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Varisch referierte über das Thema: „Der Wert und die Bedeutung der Tarifverträge“. Der Redner erklärte zunächst, daß seine folgenden Ausführungen als Fortsetzung des Weinschilbischen Vortrages gedacht seien, nur soll heute das Wesen sowie der innere Aufbau der Tarifverträge eingehender erläutert werden. Schon zur Zukunftzeit war die Festlegung von Höchstlöhnen an der Tagesordnung und wurden solche von den „Oberhäuptern“ gutgeheißen, gab es auch nichts mehr daran zu rütteln. In unserem Zeitalter ist aber mit solchem Tarif ausgeräumt worden. Der moderne Arbeitsvertrag sieht keine Höchstlöhne vor, wohl aber Mindestlöhne, d. h. der Arbeitgeber darf unter einer gewissen Grenze nicht entlohnen, während geschulten Kräften keine Schranken gesetzt werden können in bezug auf die Lohnhöhe. Selbstverständlich ist es, daß nur eine gut organisierte Arbeiterschaft, und dies können nur die freien Gewerkschaften sein, imstande ist, solchen Tarifen wirklichen Wert zu verleihen. Hier zeigt sich erst so recht die Macht des Zusammenschlusses.

Vorbildlich für sämtliche Gewerkschaften sind auf diesem Gebiete die Buchdrucker. Das Tarifwesen in unserem Verzele fand durch den Redner eingehende Würdigung, ebenso das Tarifamt und andere Institutionen, die zur erfolgreichen Durchführung von großer Wichtigkeit sind.

Eine Statistik vom reichsstatistischen Amt gibt Aufschluß über den Umfang der bis Ende 1908 ab-

geschlossenen Tarife. Beteiligt sind insgesamt zirka 1 Million Arbeiter. Daß für Görlich bessere Arbeitsbedingungen dringend nötig sind, braucht nicht noch besonders betont zu werden. Redner schließt mit den Worten, daß es nur an der Kollegenchaft liegt, dem Unternehmer zu zeigen, daß „alle Mädel“ mithelfen, wenn wir nur wollen.

Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt; örtliche Angelegenheiten fanden ihre Erledigung und gab zum Schluß Gauleiter Pötsche (Tapezierer) den Stand der Lohnbewegung der Tapezierer bekannt. Der Verrat der „Kirch-Tunderischen“ die, wie üblich, wieder im Trüben gestiftet haben, fand allgemeine Verurteilung. Mit der Aufforderung, den Tapezierern gegenüber Solidarität zu üben, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Kassel. (E. 15. 4.) Am Sonnabend, den 9. April, fanden wir unsere Quartalsversammlung ab. Aus der Abrechnung vom 1. Quartal ging hervor, daß wir in dieser Zeit eine ungewöhnlich hohe Summe an Ueberweisungen ausgegibt haben. Ganz besonders stark in unsere Kassa, durch Zuschuß zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sowie zur Notfallunterstützung, in Anspruch genommen worden, so daß wir unter die Minimalgrenze unreszervierten Bestandes, die wir uns bei Gründung derselben gesetzt haben, gehen mußten. Die Mitgliederzahl hat sich erfreulicherweise vergrößert. Im Laufe des Quartals sind 38 Neuaufnahmen gemacht worden und hatten wir am Schluß des Quartals 103 Mitglieder zu verzeichnen. Diese Zahl ist insofern wieder um ein beträchtliches vermehrt worden. Es ist uns aber auch nicht leicht geworden, dieses Resultat zu erzielen, viel Mühe und Arbeit hat's gekostet! Der Jugendabteilung gehören zwei Mitglieder an. Eine größere Zunahme sieht hier zu erwarten, da sich mehrere Kollegen Material zur Agitation unter den Lehrlingen geben ließen.

In seinen Bemerkungen zur Abrechnung brachte der Kassierer zum Ausdruck, daß wir unseren Unterhaltungen und ganz besonders der Arbeitslosenunterstützung gar nicht genug Beachtung schenken können, da wir nach dieser Richtung ganz auf uns selbst angewiesen sind. All das, was wir in dieser Beziehung vom Staat und von den Gemeinden zu erwarten haben, kann uns in keiner Weise befriedigen. Das Reich überläßt es den Gemeinden, der Arbeitslosennot zu steuern. Eine ganze Anzahl größerer Industriebetriebe hat sich auch bereits auf diesem Gebiet versucht, fast jede unter einem anderen System. Solange man aber nicht nach dem Genter System verfährt, wird es immer nur bei Verjahren oder ganz ungenügenden Erfolgen bleiben.

Weiter gibt der Vorsitzende bekannt, daß wir laut Kartellstatut berechtigt sind, da wir über 100 Mitglieder haben, einen zweiten Delegierten in das Kartell zu entsenden. Bei der nun vorgenommenen Wahl wird Kassierer Kohl gewählt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Die Versammlung hatte bedeutend besser besetzt sein müssen, einzelne Versäumnisse waren ganz erbärmlich schlecht vertreten.

Hamburg-Altona. (E. 16. 4.) Am 9. April fand eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus statt, welche sich mit der Stellungnahme zur Antwort unserer Innungen auf den eingereichten Tarif beschäftigte. Vom Gesellenausschuß wurde berichtet, daß die Innung am 30. März eine Versammlung gehabt habe. Der Gesellenausschuß hatte beantragt, daß er zu dieser Versammlung zwecks Begründung des Tarifes zugelassen würde. Trotzdem hatte man ihn nicht eingeladen. Unsere tapferen Reiterlein hatten es für richtiger gehalten, allein und hinter verschlossenen Türen zu lagen. Was dann der Gesellenausschuß noch für Zweck hat, ist uns rätselhaft. Unsere Innungsgrößen konnten nun ungeniert ihre reaktionäre Gesinnung zum Ausdruck bringen. Vor allem hat da Herr Schüler unter Beihilfe des Herrn Döncke und anderer sein scharfmacherisches Perz ausgeübt. Wald darauf erhielt der Gesellenausschuß von unserem hochwohlwollenden Obermeister ein Schreiben, in dem mitgeteilt wurde, daß unsere Forderungen abgelehnt seien. Begründung fehlte natürlich. Es war beschlossen worden, daß die tüchtigen Gesellen eine kleine Lohnzulage bekommen sollten. Bis jetzt hat aber noch niemand eine solche erhalten. Höchstwahrscheinlich gibt es in Hamburg keine tüchtigen Gesellen oder müssen diese erst, um eine kleine Lohnzulage zu bekommen, eine Prüfung beim Obermeister machen? Der Gesellenausschuß wurde beauftragt, bei der Aufsichtsbehörde zwecks Verhandlungen vorzulegen zu werden.

In der Diskussion kamen dann noch die letzten Vorgänge bei der Firma Ahrendt zur Sprache. Dort sind seit langen Jahren einige Kollegen beschäftigt, welche bisher nie für die Organisation zu gewinnen waren. Seit Herbst vorigen Jahres hatte die Firma eine Lieferung Militärkummete. Es mußten neue Arbeitskräfte eingestellt werden und konnten wir

dadurch auch dort unseren Einzug halten. Eine Lohnbewegung im November blieb erfolglos, da die nötige Einigkeit fehlte. Acht Tage vor Oetern wurden neue Forderungen gestellt. Diesmal fanden unsere Kollegen einmütig zusammen und legte der Unternehmer, der Kot gebotend, jedem der 16 Beteiligten 1,50 Mk. zu. Dadurch dämmerte auch bei den Unorganisierten die Morgenröthe der Erkenntnis. Sie sahen ein, daß Einigkeit stark macht und stellten ebenfalls Lohnforderungen. Herr Ahrendt konnte aber seine Leute und wußte, daß er diesmal mit Unorganisierten zu tun hatte. Er lehnte deshalb die Forderungen mit einem Schreiben ab, dessen Inhalt wir hier wörtlich wiedergeben:

„Ihr Schreiben vom 24. d. M. habe ich erhalten und mich sehr über dessen Inhalt gewundert. (Das glauben wir gern. D. Med.)

Zunächst möchte ich klarstellen, daß die Fabrikation der Militärkummete mit meinem alten Geschäft nichts zu tun hat. Die von den neuereingestellten Leuten geforderte Lohnhöhung wurde meinerseits nur in Anbetracht der Innehaltung des Liefertermins bewilligt, da dieselben andernfalls die Arbeit niedergelegt hätten, und ich hierdurch in große Unannehmlichkeiten geraten wäre.

Was Sie nun veranlaßt, in erster Linie eine Erhöhung Ihres Lohnes zu fordern, ist mir unverständlich. In erster Linie komme ich. Ich muß sehen, wie ich meine Kummete zur rechten Zeit fertig bekomme. Es ist wohl ein großer Unterschied, ob ich Leute vor mir her gehen oder strändig in guten wie in schlechten Zeiten beschäftigt. Ich habe meine alten Leute die langen Jahre den Verhältnissen entsprechend bezahlt, und sehe mich nicht in der Lage, eine Lohnhöhung zu bewilligen.

Hochachtungsvoll

J. Ahrendt.

Sehr charakteristisch sind dabei die Worte: „In erster Linie komme ich.“ Von den Löhnen, die Herr Ahrendt den Verhältnissen entsprechend bezahlt, haben wir hervor, daß ein Kollege, der schon 23 Jahre bei ihm beschäftigt ist, 25,50 Mk. bekommt, ein anderer bei 25-jähriger Tätigkeitszeit 19,50 Mk., davon geht noch Kranfengeld ab. Der Lohn wird aber nicht immer voll ausgegahlt. Verlangen nun die Kollegen etwas mehr Lohn oder am Eiertagabend kürzere Arbeitszeit, so sagt Herr Ahrendt, sie nehmen ihm das Brot vom Munde weg. Das will natürlich niemand. Unsere Kollegen verlangen nur, daß sie das Brot, das sie durch ihrer Hände Arbeit verdienen, auch bekommen und wollen es nicht luiden, daß aus ihren Knochen ein so hoher Extraprofit herausgeschunden wird.

Infolge dieser Vorgänge haben unsere alten Kollegen eingeschrien, daß nur durch festen Zusammenschluß etwas zu erreichen ist. Sie gaben Herrn Ahrendt die einzig richtige Antwort auf sein Schreiben, indem sie sich alle in den Verband aufnehmen ließen. In Zukunft werden wir etwas mehr erreichen als bisher. Hoffen wir, daß die Neuaufgenommenen treu und fest zum Verbands halten, dann werden auch sie bald in der Lage sein, eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen.

Dresden. (E. 18. 4.) Dienstag, den 12. April, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Kellmann und Schaar in der üblichen Weise gelehrt. Zum 1. Punkt gab Kollege Berndt den Kassenbericht. Bis zum Schluß des 1. Quartals sind wir in unserer Verwaltungsstelle bis auf 373 Mitglieder aufgerückt. Die Revisoren berichteten über die stattgefundenen Revision der Kasse, anschließend hieran wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab Kollege Bollwerth. Durch das Gewerkschaftskartell sind für den Generalstreik in Schweden 42.549 Mk. abgeführt worden. Nachdem das Kollege Kothke den Geschäftsbericht vom Volkshaus, das diesmal mit einem Ueberüberschuß abgeschlossen hat, der Vorsitzende gab bekannt, daß die hiesigen Treibriemensattler zu einer Lohnbewegung rüsten und forderte die Kollegen auf, zahlreich zu der am Dienstag, den 19. April, im Volkshaus stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Kollege Glener besprach nochmals den Tarifabschluß der Reifartikelfattler und ernannte die Kollegen, jede Tarifdifferenz der Schlichtungskommission zu unterbreiten. Die Zugetändnisse der Firma G. L. Lippold entsprechen nicht den gebeten Erwartungen und hoffen die Kollegen, mit Hilfe des Arbitrationsausschusses eine günstigere Regelung der Lohn- und Akkordverhältnisse zu erzielen. Nachdem noch die Kollegen eingehend auf den Streik der Leipziger Reifartikelfattler aufmerksam gemacht worden waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Aus anderen Organisationen.

Dem Arbeiter-Abstinenzband geht uns folgende Aufruf zu: Aufforderung an die Arbeiter der Deutschen... Die am 6. April 1910 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbandes, Ortsgruppe Berlin, begrüßt freudig den vom vereinigten Verbandstage der Maurer und Bauhilfsarbeiter gefassten Beschluss: für die in Aussicht stehende Ausprägung den Mitgliedern die Enthaltung von allen alkoholischen Getränken zur Pflicht zu machen.

In Anerkennung der den kämpfenden Bauarbeitern geschuldeten Solidaritätspflicht und im Hinblick auf die weiter bevorstehenden schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfe fordert die Versammlung die gesamte kämpfende Arbeiterklasse auf: dem Beispiel der Bauarbeiter zu folgen und das erhaltene Geld dem Dienste des proletarischen Freiheitskampfes zu widmen.

Verbandsstage sind in diesem Jahre bereits von den Bauhilfsarbeitern, Maurern und Malern abgehalten worden. Jähren sind zu Ehren die Fleischer gefolgt, die sich in Hannover versammelten, die Kupferstrome, die in Mantelheim tagten, die Steinseger, die in Köln und die Dachdecker, die in Dresden zusammentraten. Es werden noch folgen die Fabrikarbeiter am 9. Mai in Hamburg, die Seeleute am 9. Mai in Hamburg, die Transportarbeiter am 9. Mai in Hamburg, die Mühlenarbeiter am 14. Mai in München, die Maschinisten am 15. Mai in Hamburg, die Handlungsgesellen am 16. Mai (Pfingstsonntag) in Hamburg, die Friseurgesellen am 16. Mai (Pfingstsonntag) in Hamburg, die Köpfer am 22. Mai in Dresden, die Schmiede am 22. Mai in München, die Steinarbeiter am 23. Mai in Eisenach, die Gastwirtsgehilfen am 24. Mai in Berlin, die Bäcker am 31. Mai in Berlin, die Schuhmacher am 6. Juni in Köln, die Brauereiarbeiter am 7. Juni in Berlin, die Buchbinder am 13. Juni in Erfurt. Die Zimmerer, Maurer und Hilfsarbeiter haben einen außerordentlichen Verbandstag abgehalten, der vom 4. April an nach Abschluss der Tarifverhandlungen getagt hat. Fabrikarbeiter, Seeleute und Transportarbeiter werden nach Vereinbarung ihrer Verbandstage zu einer gemeinsamen Tagung zusammentreten, um die Konstituierung einer einheitlichen Organisation vorzunehmen.

Von den Hausfrauen und Hausfrauen. In der Freizeithilfszeitung fand sich folgende nette Satire, die wir mit geringen Änderungen auch so manchem unserer Kollegen zum Studium und zur - besseren Selbsterkenntnis empfehlen können. „Ich brauch keinen Verband!“ rief Hans Großkopf - und schrieb an seine Eltern, sie möchten ihm doch Geld schicken, damit er sich einen neuen Anzug anschaffen könne.

„Es hat ja doch keinen Zweck bei den paar Mann“, sprach Oskar Wambrecht zu seinen Kollegen - „was sollen wir uns erst aufnehmen lassen?“

„Ich will mir erst noch überlegen, in den Verband zu gehen“, antwortete Felix Bangemeier - und fragte am anderen Morgen seinen Meister, was er davon halte.

„Ja, wenn alle Kollegen sich in den Verband aufnehmen ließen, dann würde ich auch Beitreten“, erklärte Kurt Wlaschitz - „aber mit den Gehilfen hier am Orte ist nichts anzufangen.“

„Das Geld kann ich sparen für den Verbandsbeitrag jede Woche“, meinte Paul Breibogel, und dachte bei sich: „Wenn die erfahren, daß ich 1 M. Wochenlohn weniger habe, als sie mit ihrem Tarif, dann wäre ich ja direkt blamiert.“

„Wir Sattler und Portfeuille sind keine gewöhnlichen Arbeiter, wir wollen alle einmal selbstständig oder aber doch wenigstens Wertführer werden und brauchen keine Organisation“, redete Emil Haberstroh in der Versammlung. Genau so, wie ihm sein Prinzipal gesagt hatte, als er die Versammlungseinladung las.

„Ich bin prinzipiell dagegen, dem Verbandsbeitritt“, sagte Heinrich Kühnemut - „das würde mein Chef schon nicht dulden.“

Soziales.

Dürfen Werkstatтарbeiter Sonntags im Laden des Arbeitgebers beschäftigt werden? Diese Frage hat der Handelsminister jüngst in einem Erlass an die Regierungspräsidenten bejaht und damit leider die Sonntagsruhe vieler Arbeiter und Arbeiterinnen bedeutend verkürzt. Der Handelsminister erlaubt es, daß Personen, die wochentags in der Werkstatt ihres Arbeitgebers arbeiten, Sonntags während der für das Handelsgewerbe freien Stunden im Handelsgewerbe desselben Arbeitgebers tätig sind. Es handelte sich dabei hauptsächlich um das Gewerbe der Buchbinder, Schuhmacher, Blumenhändler, Uhrmacher, Fleischer, wo es üblich und nicht gut zu vermeiden sei, daß auch Sonn- und Festtags an den Verkaufsgeschäften zur Befriedigung des Publikums gewisse geringfügige Abänderungs- und Zu-

richtungsarbeiten auf der Stelle, wozüglich im Laden selbst, gemacht werden. Es ist richtig, daß solche Arbeiten von der Rechtsprechung als Beschäftigung im Handelsgewerbe angesehen und für zulässig betrachtet werden. Aber damit ist nicht gesagt, daß nun gewerbliche Arbeiterinnen, die wochentags in der Werkstatt tätig sind, mit diesen Arbeiten beschäftigt werden dürfen; sie herzustellen ist vielmehr Sache der Handlungsgesellen und Gehilfen. Sollten sich hier und da auch unsere Herren Arbeitgeber etwa auf diesen Erlass berufen wollen, so haben diesem Ansinne unsere Kollegen entgegenzutreten, da für unseren Beruf die nötigen Voraussetzungen gar nicht gegeben sind. Nachdem aber der Handelsminister anders entschieden hat, wird es Aufgabe des Reichstages sein, seinen Durchführungen der Sonntagsruhe einen festen Niegel vorzuziehen.

Der freie Sonnabendnachmittag, der bekanntlich in England durchweg, in Amerika größtenteils zur Einführung gelangt ist, gewinnt nach einer Mitteilung der „Münchener Zeitung“ auch in westdeutschen Städten immer mehr an Boden. So machten z. B. nach einer offiziellen Statistik in Varmen im Monate Dezember 538 Betriebe mit 2326 Beschäftigten (12936 männliche, 8161 weibliche, 2169 jugendliche Personen) Sonnabends nachmittags 1 Uhr Arbeitsschluss. Diese Zahl erhöht sich noch um diejenigen Betriebe, die weibliche und jugendliche Personen nicht beschäftigen und deshalb zur Änderung der Arbeitszeit keiner behördlichen Erlaubnis bedürfen. In Elberfeld haben die Einuhrarbeitschluss an Sonnabends 76 Betriebe mit 5051 Arbeitern, in Mönchsdorf 14 Betriebe mit 608 Arbeitern, in Schwelm 4 Betriebe mit 402 Arbeitern, in Langenfeld 64 Betriebe mit 3549 Arbeitern und in Neiviges 3 Betriebe mit 811 Arbeitern. Wärtlich fügt das rheinische Blatt diesen Feststellungen noch hinzu: „Der bisherige Sonntagsnachmittagsarbeitsabschluss ist nicht allein bei den Arbeitern, Angestellten und städtischen Beamten beliebt, sondern auch bei den meisten Arbeitgebern. Neben der Freitagslohnzahlung hat die Einrichtung die wohlthuende Wirkung, daß der sogenannte „blaue Montag“ kaum noch gemacht wird. Ganz besonders aber begrüßt der Kleinhandel den frühzeitigen Geschäftsschluss, weil er darin das beste Mittel sieht, die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen. In der Metropole der Intelligenz Berlin hat man bis jetzt von dem freien Sonnabendnachmittag noch nicht viel gemerkt, nur einige wenige Betriebe sind es, die sich zu seiner Einführung aufgeschlossen haben. Die Freitagslohnzahlung ist jedoch schon vielfach eingeführt. Der „blaue Montag“ hingegen nur noch eine „historische Erinnerung“ älterer Leute!

Ein Vorzug des Kost- und Logiszwanges. Dieses System hat für die Herren Arbeitgeber der Vorzüge so viele, daß die Meister tagtäglich neue entdecken und daher mit allen Mitteln den Beitreibungen der organisierten Arbeiter entgegenarbeiten. Es ist schon eine bekannte Tatsache, daß der erkrankte Arbeiter im Kost- und Logiszwang in den allerersten Fällen im Logis des Meisters verbleiben kann. Einmal braucht der Arbeitgeber neue Arbeitskräfte und auch Logis für den Ersatz. Dann sind diese Schlafräume für gesunde Arbeiter in den meisten Fällen eine Gefahr, um wie viel mehr für den erkrankten Arbeiter. Nun besteht aber auch auf der anderen Seite das Bestreben der Innungen, leistungsunfähige Innungsfrankenlassen zu schaffen, die dem Gehilfen in der Zeit der Erkrankung nur eine mangelhafte Stütze bieten. Diese Innungsfrankenlassen sollen bekanntlich billig arbeiten, auf der anderen Seite fehlt die Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft. So hat man sich jetzt in Köln in den Innungsreisen mit dem Gedanken der Gründung einer derartigen Klasse beschäftigt. In einer dortigen Versammlung machte ein Herr Witz-Elberfeld den Herren besonders den Mund durch den Hinweis auf die niedrigen Beiträge wässerig, die sie dann zu zahlen hätten. Ein anderer Herr machte dann noch die Bemerkung, daß die Innungsfranken schon deshalb billiger wirtschaften, weil sie keine Simulanten hätten; denn durch das Kost- und Logiswesen würden die Mitglieder ja unter Aufsicht! Also wieder ein Vorzug des Kost- und Logiszwanges! Leider stehen die Behörden den Innungsfrankenlassen nicht unfreundlich gegenüber, zum Schaden der Versicherten. Nur solche Organisationen können dem Kost- und Logiszwang und dessen Nebenwirkungen ein Ende machen.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Am 12. April nahm der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Am eifrigsten wurde, da zurzeit keine sogenannten „großen Punkte“ auf der Tagesordnung stehen, die Frage ventiliert: Wann können die Verhandlungen wieder geschlossen werden. Das jedige, fast sommerliche Wetter macht den bürgerlichen Herren Abgeordneten den Aufenthalt im Ballotbau schon jetzt zur Plage. Man beschloß

daher, sich möglichst zu beeilen, keine „überflüssigen“ Reden zu halten, um so schnell wie möglich, und zwar schon Anfang Mai, sich nach Hause begeben zu können, um dann erst im Spätherbst die Arbeiten wieder aufzunehmen. Bis dahin also wird das deutsche Volk warten müssen, ehe es erfährt, was die bürgerlichen Parteien und die Regierung während der Hundstage ausgeführt und angedeutet haben, womit das Publikum zunächst zu „beglücken“ ist. Viel Weniger weiß man noch nicht, auch abnen läßt sich nicht viel, doch das Wenige, was man schon jetzt weiß, genügt vollständig, um uns die Zukunft einigermaßen vorstellen zu können. Um es kurz zu machen: wir brauchen Geld, viel Geld sogar, im nächsten Jahre. Na, und - - das besagt genug. Die letzte Willkürschöpfung des Volkes hat nicht vermocht, den Reichsdollars auch nur verübergehend zu mildern, geschweige denn zu befechtigen.

Das Zentrum verhinderte am Mittwoch mit einer Berispenheit und Stumpfsinnigkeit, deren eben nur - das Zentrum fähig ist, die Verbesserung der Wirtschaftsordnung des Reichstages. Die Herren v. Hertling (Zentrum) und v. Deuband (Konservativ) fielen zwar etwas aus der Rolle, denn sie verumochten nicht, angesichts dieser neuen Vorgelei sich anzusehen, ohne dabei lächeln zu müssen. Verstandesmäßig natürlich, denn Augur und Haruspex verstehen sich.

Etwas mehr Leben kam in die heiligen Hallen bei der Besprechung einer Petition über die Aufhebung oder doch Herabsetzung der Viehsteuern. Doch bei derartigen „Gränden“ ist die agrarische Feuerwehr sehr schnell bei der Hand. Hier, wo es sich um den bedrohten Profit der „Landwirtschaft“ und um die Ausplünderung des Volkes handelt, da heißt es schleunigst eingreifen. Die „Heiligen“ und die Ritter erhalten dann noch Sukkurs durch die Großindustriellen und die Polen, und schleunigst wird über diesen „Fall“ Uebergang zur Tagesordnung gegen Sozialdemokraten und Freisinnige beschlossen. Quantum!

In derselben Sitzung wurde die „Mittelstandsschädlichkeit“ der Konsumvereine ausgiebig erörtert. Von unserer Seite griffen zwei Redner überaus geschickt und lebhaft ein und wiesen nach, daß die Konsumvereine zurzeit das einzige Mittel seien, mit Hilfe dessen sich die Arbeiter und Beamten davor schützen können, daß ihnen von den Krämer das Fell nicht gänzlich über die Ohren gezogen werde. Der Gewerkschafts„christ“ Herr Giesberts war da wieder einmal im Schwundel, wie er sich mit „Gottes Hilfe“ da heraus„reden“ konnte. - Er sprach zugunsten der Konsumvereine, aber - was wichtiger ist - er stimmte gegen die Konsumvereine. Er wurde also allen Anforderungen „gerecht“. Den Arbeitern, indem er für sie „sprach“, der Zentrumspartei, indem er nach Vorschritt stimmte. Gelegentlich der Debatte über Eosininschweine und Eosinergrie (die rotgefärbte Gerste hat, um die Futtermittel der „kleinen Bauern“ nicht allzu sehr zu belasten, einen bedeutend niedrigeren Zehsatz zu zahlen als die „Braungerste“) wurde durch die Regierung „festgestellt“, daß sich die Schweine sowie das Publikum ja wohl dabei fühlen - wenn die Gerste nicht zuviel Eosin geschluckt hat. Präsojicher gestaltete sich die Tagung wieder, als man sich mit der geplanten neuen Wertwachsteuer beschäftigte. Staat, Reich und Gemeinde sollen sich in den Ertrag einer Steuer teilen, die bei Grundstücksveräußerungen erhoben wird. Der Entwurf der Regierung trägt der Steuerfischeu unterer östlichen Gewanden Rechnung, indem für diese wieder eine Extrawurst serviert wurde. Der Wertzuwachs des ererbten Grundstückes wird nicht versteuert, sondern nur bei gekauften Grundstücken. Also ist es weit „rationeller“, Grundstücke zu erben als zu kaufen, da das „Erben“ steuerfrei ist. Auch kein übler Witz! Wir werden also zukünftig nur noch „erben“. Die Verlängerung unseres Handelsvertrages mit Schweden, und zwar auf ein Jahr, wurde beschlossen. Da es Deutschland mit seiner agrarischen Schutzpolitik immer schwerer wird, Handelsverträge abzuschließen, diese aber für ein Industrie- und Exportland unumgänglich notwendig sind, ist der Beschluß zu begrüßen. Obwohl auch während dieser Walgenfrist der Kampf der Agrarier gegen den endgültigen Abschluß eines neuen Vertrages noch verärgert einsetzen wird.

Gelegentlich der am Sonnabend einsetzenden Kolonialdebatten konnte man an dem Verhalten des Zentrums merken, daß diese „Punkelmannen“ jetzt den Zeitpunkt gekommen glauben, den „Orientalen“, den Kolonialminister Dernburg, in den Ort zu schleudern, um damit furchtbare Klöße für die Subventionpolitik Bülow's an dessen „Handlanger“ nehmen zu können. Das Oberschwabmännchen, der schon so oft blamierte „Alleswisser“ Herr Erzberger, hat's unfreiwillig angetrieben. Ihm! Der preussische Landtag hat nunmehr auch in vierter Lesung die Wahlrechtsvorlage unverändert angenommen. Weitere Verschlechterungsversuche

der Nationalliberalen lehnten die Ritter ab, da es sonst mit den „Heiligen“, die ein stärkerer Bundesgenosse sind, vielleicht verzerren hätten. Jetzt hat man dieses Schauprodukt des „Hohelieds und Durchlauchtens“ des preussischen Herrenhauses überwiegen. Durch die Wahlrechtsvorlage und deren Verprechung ist das schlechte Gewissen der Wahlrechtsgegner berichtigt aufgeregt worden, daß Heilige und Ritter beschloffen haben, zukünftig bei derartigen Gewalttaten der Opposition die Spitze dadurch abzubreaken, indem man mit Hilfe der Geschäftssordnung die Möglichkeit schafft, einzelne Redner wegen mangelnden „Wahlverhaltens“ auf 6 bis 12 Tage von den Sitzungen auszuschließen. Daß darunter ausschließlich die Sozialdemokraten, die Arbeitervertreter, zu leiden haben werden, ist selbstverständlich. Aber auf etwas mehr oder weniger Unrecht kommt es nun nicht mehr an. Mit Ausnahmefällen kann bekanntlich jeder Esel reagieren! sagte Courour, und — Selbstverständnis in der erie Schrit zur Verbesserung, so sagen wir. Am Parlamente die Guillotine der Geschäftsordnung gegen die Vertreter des Volkes, und draussen im Lande die trodene Guillotine der Rechte gegen Wahlrechtsdemonstranten. Beide werden auf die Dauer nicht hindern können, daß das Volk zu seinem Rechte kommt.

Das preussische Herrenhaus. Nimm den Hut ab, du Staubgeborener, denn das Alter soll nun ehren! Nicht nur Jahrhunderte, nein ein Jahrtausend steht vor unserm Geiste aus der Vergangenheit auf! Diese Nachfahren der edlen preussischen Kambritterzeit räusperten sich und spudeten noch genau so wie die Herren der Landtrage des Mittelalters. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung ist ihnen schier unerklärlich und unbegreiflich! Nur ganz allmählich setzt erit, nachdem sie sich lange die Augen gerieben haben, der Pulsschlag ein. Wie ist so was möglich! Wo sind wir? Welches Jahrhundert schreiben wir eigentlich? Was ist denn bloß passiert, daß wir aus unserem Schlummer getüört werden? Solche und ähnliche Fragen spiegeln sich in den verwundert dreinschauenden, meist mit aristokratisch gebogenen Kambvogelnasen verzerrten Gesichtern dieser altpreussischen Verkörperungen wider. Hier fängt der Mensch erit beim Freiherrn an. Die wenigen Bürgermeister und Professoren sind nur dort vorhanden, um den Gedanken das Nachdenken zu ersparen. Bürgermeister und Professoren, im ganzen kaum ein Waderbücheln, stellen die „Linte“ dieses „Parlaments“ dar. Doch „Gerechtigkeit“ über alles! Wir getiehen, etwas vornehmer und weniger brutal zeigen sich diese Herren doch als ihre Gesinnungsgenossen im Abgeordnetenhaus. Bei ihnen besteht das Wort: noblesse oblige. Adel verpflichtet! anscheinend noch zu Recht. Man hielt es nicht für richtig, ausschließlich Adel und Großgrundbesitz auf Kosten des Volkes zu erhalten, man sah ein, daß auch das industrielle Großkapital, die modernen Kambritter von heute, entsprechend berücksichtigt werden müssen, und beschloß demgemäß, das Wahlrecht noch — zu verschlechtern durch Abschaffung der Drittelung der Wahlbezirke. Gähnend und äusserst gelangweilt überwiegen man diese plebejische Arbeit einer Kommission. Was kann aus dieser wohl Gutes kommen?

Inzwischen geht das Volksgewissen draussen seinen unerbittlichen Gang. Der Wahlkreis Johannesburg-Oleto-Lud, seit 43 Jahren unbefristete Domäne der Konservativen, ging diesmal — trotz der Anstrengungen des Landrats, was viel heißen will — an die Nationalliberalen verloren. Für Öppreussen bedeutet das geradezu eine Revolution. Die Konservativen verloren mehr als die Hälfte ihrer Stimmen.

Im Wahlkreise Posen stiegen die Stimmen der Sozialdemokraten sehr stark. Dem offiziellen Kandidaten der „Kospolen“ (Adelspartei) stellten die demokratischen Polen einen Arbeitersekretär Komidi entgegen. Der erstere unterlag; der letztere kommt mit dem Kandidaten der Deutschen in Stichwahl. Die Kospolen wollen, und das ist bezeichnend für sie, den demokratischen Polen nur dann unterstützen, wenn er sich verpflichtet, nach der Wahl sein Mandat niederzulegen und nicht wieder zu kandidieren. Andernfalls will man dem „Erbfeind“, dem Deutschen, seine Stimme geben. Man kann daran ersehen, was es mit dem „Kampf“ der Nationalpolen auf sich hat. Nichts als Volksbetrug!

Sachsen-Altenburg. Bei den am Donnerstag stattgefundenen Landtagswahlen erfochten die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. Ihre Mandatszahl verdoppelte sich. Man sieht also auch hier, daß es vorwärts geht.

Die Zentralstellen der deutschen Gewerkschaften. Von den 59 der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften haben ihren Sitz in: Berlin 32, Hamburg 14, Leipzig 3, Altenburg 2, Bremen 2, Bochum, Frankfurt a. M., Hannover, Karlsruhe,

Mürnberg und Stuttgart je 1. Die Aufstellung zeigt, daß sich auch auf diesem Gebiete die Metropole Berlin als der „Kern“ erweist, der alles in sich aufsaugt, alles in seinen Bereich zu ziehen vermag. Selbst die alte Gewerkschaftszentrale Hamburg, die ihrerzeit hauptsächlich aus sozialwissenschaftlichen Gründen von den Gewerkschaften in hohem Maße als Stütz- und Zentralpunkt erkoren wurde, wird durch Berlin mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung ist keine künstlich gemachte, sondern eine ganz natürliche. Sie zeigt nichts mehr und nichts weniger als den unigen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik. Berlin ist zum Brennpunkt beider Erscheinungen geworden.

Bücherchau.

Aus Mansfelds (Erentagen) Bilder aus dem Streit der Mansfelder Bergleute um ihr Recht. Von Verlag von Ad. Thieme in Halle a. S. Preis 50 Pf.

Adressenänderungen.

Wm a. D. R. U. beim B. Jac. Wöhler, Mosengasse 26 (1 von 12—) und 7—8 Uhr. Sonnt. von 10 bis 12 Uhr. V. Hohentwiel, Fischergasse 6.

Serbit. B. With. Janke, Bismarckstr. 9 pt. Mühlheim a. Ruhr. K. Pr. Statinski, Wint. bauer, Dingbergstr. 116/118. Kaiserlautern. B. Karl Emig, Gasstr. 41. Barenth. B. S. Neufam, Wörthstr. 25.

Sterbetafel.

Berlin. Hermann Schwarz, Militärjantler, 41 Jahre alt, Salagonfall. Ehre seinem Andenken!

Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Raugen. Sonnabend, den 30. April, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Stadt Zittau“. Düsselhof. Dienstag, den 26. April, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im „Volksbause“. Nürnberg. Samstag, den 30. April, im Gewerkschaftsbause. Mitgliederverfallung mit Referat.

Anzeigen

Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Sonnabend, den 30. April 1910, abends 8½ Uhr:

Ordentliche General-Versammlung der gewählten Vertreter der Kassemitglieder und Arbeitgeber

im „Gewerkschaftshaus“, Saal I, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das verlossene Geschäftsjahr;
2. Bericht des Rechnungsausschusses und Abnahme der Jahresrechnung;
3. Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage an die Angestellten;
4. Verschiedenes.

Nur die mit Delegiertenkarte eventl. Mitgliedskarte versehenen Delegierten haben Zutritt.

NB. Besuchen der Mitglieder, wozu die Einschnahme der Bücher notwendig ist, sind 8 Tage vorher schriftlich beim Vorstände einzureichen.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Herbinaud Waghart, Vors. Jakob Landgrebe, Schriftf.

Gesucht tüchtige Seilarbeiter auf Sättel.

Stellung dauernd. H. Vassier & Sohn, Hofsattler, Hannover.

Sattler

Nach einige auf große Koffer, ferner für Extrarbeiten, wie Musterlästchen usw., suchen

Horkmann & Sander, Hannover.

Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:

perfekte Sattelmacher für Militärarbeit

perfekte Sattelmacher für englische Sättel

Rudolf Guillaume, Stahlbaum-Sattelfabrik, Mühlheim am Rhein.

Militärsattler

finden für längere Zeit zu Tariflöhnen Beschäftigung bei Maury & Co., Offenbach a. Main.

Tüchtige Taschen- und Koffermacher

per sofort gesucht. Hordlinger & Pollok, Reiseartikel-Fabrik, Stuttgart.

Lehrbücher für Sattler:

- Bergerhoff, Der moderne Tapezierer . . . 7,50 Mk
- Morgenstern, Der Sattler als Zuschneider 5,00 .
- Rausch, Der Wagenfabrikant 9,00 .
- Reusch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00 .
- Reuter, Die Schule des Tapezierers . . . 7,50 .
- Schlüter u. Rausch, Handbuch f. Sattler 9,00 .
- Schlüter, Zuschneider der Sattler-Arbeiten 7,50 .

Zu beziehen durch: Joh. Fassenbach, Berlin SO. 16.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konsumwaren, Bombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liessere ich: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundsch. — 500 sende franco. — Nichtbenutzendes nehme unfrankiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — Th. Wessler, Bergandhaus, Berlin C., Neus Schönhauserstr. 16. Kein Laden, nur 1 Kasse. — Begründet 1888.